

Kemmerling, Achim

Working Paper

Die Rolle des Wohlfahrtsstaates in der Entwicklung unterschiedlicher Dienstleistungssektoren: Wohlfahrtsstaatsregime und Dienstleistungsbeschäftigung

WZB Discussion Paper, No. SP I 2003-108

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kemmerling, Achim (2003) : Die Rolle des Wohlfahrtsstaates in der Entwicklung unterschiedlicher Dienstleistungssektoren: Wohlfahrtsstaatsregime und Dienstleistungsbeschäftigung, WZB Discussion Paper, No. SP I 2003-108, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/43971>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Achim Kemmerling

**Die Rolle des Wohlfahrtsstaates
in der Entwicklung unterschiedlicher
Dienstleistungssektoren**
Wohlfahrtsstaatsregime und Dienstleistungs-
beschäftigung

November 2003

ISSN Nr. 1011-9523

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung (WZB)

Forschungsschwerpunkt:
Arbeit, Sozialstruktur und Sozialstaat

Abteilung:
Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung
<http://www.wz-berlin.de/ars/ab/>
e-mail Achim Kemmerling: a.kemmerling@ezoneplus.org

Bestell-Nr.: SP I 2003-108

ZUSAMMENFASSUNG

Ausgangspunkt dieses Diskussionspapiers ist die von Fritz Scharpf vertretene Auffassung, dass wohlfahrtsstaatliche Institutionen maßgeblich an der Entwicklung unterschiedlicher Dienstleistungssektoren beteiligt sind. Anhand dieser Idee werden polit-ökonomische Hypothesen hergeleitet und schließlich mittels eines Datensatzes für 14 OECD Länder und 20 Jahre empirisch getestet. Zunächst werden die traditionellen sozioökonomischen Determinanten dargestellt und bezüglich ihrer Wirkung auf Dienstleistungssektoren diskutiert. Diese Erklärungsvariablen werden dann um solche ergänzt, die sich aus der Idee unterschiedlicher Wohlfahrtsstaatsregime ableiten lassen. Hierzu greift das Papier wichtige Zeit variable Indikatoren für Institutionen auf. Insbesondere sollten passive Wohlfahrtsstaaten mit einem hohen Anteil von Sozialtransfers an den Staatsausgaben und einem mittleren Zentralisierungsgrad der Lohnverhandlung besonders schwach ausgeprägte Dienstleistungssektoren aufweisen. Die ökonometrischen Schätzungen zeigen, dass die Unterscheidung zwischen aktivem und passivem Sozialstaat tatsächlich für die Beschäftigungsentwicklung bedeutsam ist, während dies für das Lohnverhandlungssystem nur teilweise nachgewiesen werden kann. Schließlich deuten simultane Schätzungen darauf hin, dass private Dienstleistungssektoren sich gegenseitig eher verstärken, während öffentliche Dienstleistungen einen Verdrängungseffekt aufweisen.

ABSTRACT

The starting point of this discussion paper is an idea developed by Fritz Scharpf stating that welfare state institutions condition the evolution of different service sectors. This idea is put into a new theoretical context and thereafter tested empirically with the help of a data set containing 14 OECD countries over the time span of 20 years. As a first step, the paper discusses traditional socio-economic determinants and their impact on service sector employment. Next, a set of those determinants are introduced that may be derived from the idea of different welfare state regimes. The paper exhibits a couple of time-variant institutional indicators and links these indicators to the theoretical discussion. Most importantly, so-called passive welfare states with a high proportion of financial transfers to households and an intermediate degree of centralisation in the wage-bargaining system should show serious deficiencies in their employment performance of service sectors. The econometric estimations show that this is indeed the case for the transfer system, but less so for the case of the wage-bargaining system. Finally, the paper shows with the help of simultaneous equations that private service sectors mutually reinforce each other, whereas public services mainly crowd private services out.

Inhaltverzeichnis

1. Einleitung: Nationale Divergenz der Dienstleistungsgesellschaften	1
2. Sozioökonomische Erklärungsansätze der Zunahme von Dienstleistungsbeschäftigung	3
2.1. Wachstumsdeterminanten der Dienstleistungsbeschäftigung	3
2.2. Hypothesen zur Entwicklung unterschiedlicher Dienstleistungssektoren	6
3. Wohlfahrtsstaatsregime und Dienstleistungsbeschäftigung	9
3.1. Die Idee dreier Wohlfahrtsstaatsregime.....	9
3.2. Hypothesen zur Wirkung institutioneller Variablen auf die Dienstleistungsbeschäftigung.....	12
4. Empirische Befunde	18
4.1. Operationalisierung der Variablen	18
4.2. Empirische Ergebnisse der getrennten Schätzungen.....	20
4.3. Empirische Ergebnisse der simultanen Schätzungen.....	25
4.4. Zusammenfassende Interpretation und Schlussfolgerungen.....	30
5. Fazit: Wohlfahrtsstaatliche Steuerung der Dienstleistungsgesellschaft?	33
Anhang: Das Baumol-Modell der Dienstleistungsbeschäftigung	35
Literaturverzeichnis	37

Tabellenverzeichnis:

Tabelle 1: Beschäftigtenentwicklung unterschiedlicher Dienstleistungen 1973-92	2
Tabelle 2 Getrennte Schätzungen für private und öffentliche Dienste	21
Tabelle 3 Getrennte Schätzungen für personen- und unternehmensnahe Dienste	24
Tabelle 4 Simultane Schätzungen: erster Teil.....	27
Tabelle 5 Simultane Schätzungen: zweiter Teil.....	29

Übersichtenverzeichnis:

Übersicht 1: Annahmen für vier unterschiedliche Dienstleistungssektoren	8
Übersicht 2: Die drei Idealtypen der Dienstleistungsbeschäftigungsregime	11
Übersicht 3 Hypothesen zur Wirkung politischer Institutionen.....	17
Übersicht 4 Die Beziehung zwischen unterschiedlichen Dienstleistungssektoren	31

1. Einleitung: Nationale Divergenz der Dienstleistungsgesellschaften

Angesichts großer Probleme kontinentaleuropäischer Arbeitsmärkte liegt es nahe, den Dienstleistungssektor immer wieder zur großen beschäftigungspolitischen Hoffnung der Zukunft erklären zu wollen (z.B. Fourastié 1969). Die Ernüchterung kehrt jedoch ebenso regelmäßig wieder, da nicht alle Dienstleistungsjobs als sonderlich attraktiv eingestuft werden, und darüber hinaus staatlicher Politik bei der Schaffung dieser Jobs Grenzen gesetzt sind. Ob und welche Dienstleistungssektoren eine solche positive Rolle übernehmen können, setzt Kenntnis über deren Wachstumsdeterminanten voraus. Das vorliegende Diskussionspapier möchte diese Frage der Entstehung einer Dienstleistungsökonomie aufgreifen und dabei besonders auf die Rolle des Wohlfahrtsstaates eingehen.

In der ökonomischen Literatur wird die Frage nach den Ursachen des Dienstleistungssektors meist im Rahmen von Modellen der Deindustrialisierung erörtert. Mit Deindustrialisierung ist hierbei ein säkularer Trend gemeint, der den Rückgang des Industriegesektors im Verhältnis zum Dienstleistungssektor beschreibt. Die Zunahme der Dienstleistungsbeschäftigten wird mit sozioökonomischen Konzepten wie beispielsweise technischem Fortschritt oder Nachfragewandel erklärt. Jedoch können solche Modelle zumeist die große Varianz der Dienstleistungssektoren zwischen Ländern nicht erklären. Dies mag ein Blick auf Tabelle 1 verdeutlichen. Sie stellt für 14 Industriestaaten und zwei 10-Jahres-Durchschnitte den Anteil der Dienstleistungsbeschäftigten an der erwerbsfähigen Bevölkerung dar. In der letzten Zeile steht der Variationskoeffizient als Streuungsmaß. Es fällt auf, dass sich die Unterschiede im Zeitraum 1973-1993 keinesfalls nivelliert haben. Spaltet man die privaten Dienstleistungen in zwei Subsektoren (Spalten 6 bis 9), so stellt man fest, dass die Unterschiede zwischen den Ländern eher noch größer geworden sind. Ähnliches gilt für die Zahl öffentlich Beschäftigter (Spalten 4 bis 5).

Woher kommen also diese Unterschiede? Die politikwissenschaftliche Literatur konzentriert sich bei der Erklärung dieses Trends verstärkt auf die Rolle politischer, wohlfahrtsstaatlicher Institutionen. So vertritt Fritz Scharpf (1986; 1997a) die These, dass unterschiedliche Typen von Wohlfahrtsstaaten sich in ihrer Fähigkeit unterscheiden, Dienstleistungsbeschäftigung zu fördern. Er knüpft damit an die „Drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus“ von Esping-Andersen (1990) an. Insbesondere gibt es zwei Wege zur Expansion des Dienstleistungssektors (Scharpf 1997a: 8): den angloamerikanischen und den skandinavischen. Im Fall des angloamerikanischen Wohlfahrtsstaates werden private Dienstleistungen durch niedrige Steuersätze und eine relativ hohe Ungleichheit in der Einkommensverteilung forciert. Die skandinavischen Länder hingegen folgen der Strategie eines expansiven Sozialstaates und der

Erzeugung öffentlicher Dienstleistungsbeschäftigung. Der „weinende Dritte“ ist nach Scharpf der Typus des kontinentalen Wohlfahrtsstaates. Wie in skandinavischen Wohlfahrtsstaaten werden hier in hohem Maße Ressourcen staatlich verteilt. Dies dient jedoch weniger der Bereitstellung öffentlicher Dienste bzw. einer aktiven Beschäftigungspolitik, sondern man beschränkt sich vornehmlich auf monetäre Transfers. Die zwei Institutionen, die im Zentrum einer solchen Analyse stehen, sind der Sozialstaat und die industriellen Arbeitsbeziehungen (Scharpf 1997a: 8). Sie sind die zwei wichtigsten Determinanten für die Einkommensverteilung, das eigentliche Bindeglied zwischen den ökonomischen und den politik-institutionellen Variablen.

Tabelle 1: Beschäftigtenentwicklung unterschiedlicher Dienstleistungen 1973-92

Land	private Dienstleistungen		öffentliche Dienstleistungen		personennahe Dienstleistungen		unternehmensnahe Dienstleistungen	
	1973-82	1983-92	1973-82	1983-92	1973-82	1983-92	1973-82	1983-92
USA	33,03	37,97	8,98	9,59	21,68	24,72	9,25	11,86
CAN	28,74	32,52	12,82	13,88	18,07	21,14	10,14	11,49
UK	26,33	31,12	13,60	12,58	17,15	20,38	9,18	11,01
NET	26,47	31,47	6,30	6,44	17,06	16,96	7,68	8,32
BEL	26,49	27,28	8,52	9,71	17,72	19,21	5,79	5,83
FRA	22,02	23,67	11,30	12,01	13,66	14,09	7,99	8,83
GER (West)	23,79	25,35	8,02	8,40	15,81	16,46	5,53	5,15
ITA	17,60	22,11	7,19	7,99	15,06	18,83	4,12	4,96
FIN	25,07	28,00	10,19	13,77	13,65	13,59	8,57	10,21
SWE	25,85	28,12	20,53	23,32	15,61	15,86	9,49	11,19
NOR	27,50	30,70	14,18	18,17	17,82	19,08	10,31	11,75
DEN	25,64	28,38	17,77	19,97	14,91	14,55	10,28	11,73
JAP	31,24	33,68	5,71	5,93	24,35	27,62	7,09	7,71
AUL	13,7	19,58	9,48	10,64	26,77	29,70	10,77	12,4
Variation	19,72	17,05	39,22	41,84	21,95	25,46	24,58	28,12

Siehe Anm. in Teil 3.1; eigene Berechnungen; die Werte sind jeweils Prozentanteile der Beschäftigten an der erwerbsfähigen Bevölkerung (10-Jahres-Durchschnitte); Quelle: STACOMP 99-2.

Im Rahmen des vorliegenden Diskussionspapiers soll die Idee Scharpfs näher beleuchtet und modifiziert werden. Zunächst werden in Abschnitt 2 die wichtigsten sozioökonomischen Determinanten für das Wachstum der Dienstleistungsbeschäftigung hergeleitet und in ein in der Literatur bekanntes formales Modell eingebettet. Abschnitt 3 widmet sich der theoretischen Herleitung des Zusammenhangs von Wohlfahrtsstaatsregimen und Dienstleistungssektoren. Dazu werden Hypothesen für wohlfahrtsstaatliche Institutionen entwickelt und auf einige in der Zeit variable Indikatoren bezogen. In Abschnitt 4 werden die Ergebnisse der empirischen Schätzungen für mehrere Dienstleistungssektoren anhand eines gepoolten Datensatzes, d.h. einer Kombination aus Querschnitts- und Längsschnittsanalyse, dargestellt und evaluiert. Abschnitt 5 fasst die wesentlichen Punkte dieser Arbeit zusammen.

2. Sozioökonomische Erklärungsansätze der Zunahme von Dienstleistungsbeschäftigung

2.1. Wachstumsdeterminanten der Dienstleistungsbeschäftigung

Für eine kursorische Darstellung der Wachstumsdeterminanten des Dienstleistungssektors bietet sich eine Unterscheidung in angebots-, nachfrageseitige und gemischte Faktoren an (siehe Reissert/ Schmid/ Jahn 1989: 77).

Zu den angebotsseitigen Bestimmungsfaktoren gehört erstens die relative Produktivitätsentwicklung. Unterschiedlich schnelles Wachstum der Produktivitäten in den Sektoren Industrie und Dienstleistungen ist in zahlreichen empirischen Studien (Fuchs 1968, Summers 1985, Baumol/ Blackman/ Wolff 1989; Rowthorn/ Ramaswamy 1997 und 1998, Grömling/ Lichtblau/ Weber 1998) die wichtigste Determinante für zunehmende Dienstleistungsbeschäftigung. Bereits bei Fourastié (1969: 31) ist die Produktivität als operationalisierter technischer Fortschritt einer der beiden zentralen Bestimmungsfaktoren für die Dynamik der Dienstleistungsbeschäftigung. Entscheidend für Fourastié ist, dass es im Industriesektor laufend zu innovationsinduzierter Substitution von Arbeit durch Kapital kommt, während der Dienstleistungssektor gegenüber technischem Fortschritt weitgehend resistent ist (Fourastié 1969: 140). Baumol (1967) hat die relativen Produktivitätsunterschiede zwischen einem stagnierenden Sektor (Dienstleistungen) und einem innovativen Sektor (Industrie) mittels eines Zwei-Sektoren-Modells dargestellt (s. Anhang), kommt jedoch zu anderen Schlussfolgerungen. Nach Baumol führt die mangelnde Produktivität im Dienstleistungssektor zu einem geringeren gesamtwirtschaftlichen Wachstum und zur „Kostenkrankheit“ im Dienstleistungssektor, d.h. zu einem relativen Preisanstieg für Dienstleistungen. Letzterer wiederum bedeutet, dass entweder wenig produktive, preiselastisch reagierende Dienstleistungen verschwinden, oder dass sie öffentlich subventioniert werden müssen (Baumol 1967: 421).

Als zweiter Trend sorgt Externalisierung, sog. *outsourcing*, dafür, dass ein Großteil der Veränderungen in der (produktionsnahen) Dienstleistungsbeschäftigung ein reines Null-Summen-Spiel zwischen Industrie- und Dienstleistungssektor ist (z.B. Albach 1989: 27; Gershuny/ Miles 1984: 48). Die traditionell im Industriesektor vorhandenen Dienstleistungstätigkeiten unterliegen im Zuge verstärkter Arbeitsteilung und Spezialisierung einem Externalisierungstrend. Allerdings belegen empirische Studien, dass die Dynamik der unternehmensnahen Dienstleistungen nicht ausschließlich der Logik dieses Externalisierungstrends folgt (Grömling/ Lichtblau/ Weber 1998: 100 und 130). Externalisierung ist ohnehin nur dann sinnvoll, wenn Produktivitätseffekte zu erwarten sind. Zudem sind häufig die externen Dienstleistungen qualitativ nicht völlig mit denjenigen Dienstleistungen identisch, die vormals in den externalisierenden Unternehmen erbracht wurden.

Drittens führt Lohnspreizung zu mehr angebotenen Dienstleistungsprodukten. In der Makroökonomie wird für den Arbeitsmarkt ein Gleichgewicht hergeleitet, bei dem die Grenzproduktivität der Arbeit gleich der marginalen Vergütung des Faktors Arbeit ist. Daher wird nur diejenige Arbeit überhaupt nachgefragt, die zum herrschenden Reallohn gerade noch Ertrag bringt. Sämtliche Tätigkeiten, die unterhalb dieser „Mindestproduktivitätsschwelle“ liegen (Scharpf 1986: 9), werden nicht auf dem offiziellen Arbeitsmarkt erbracht. Da ein direkter Zusammenhang zwischen der Größe der Lohnspreizung und dem Mindestlohn in einer Volkswirtschaft besteht, führt *cet. par.* geringere Lohnspreizung zu einer höheren Mindestproduktivitätsschwelle und damit zu einer geringeren Beschäftigung in wenig produktiven Dienstleistungssektoren.

Viertens führt der Trend zur Höherqualifikation zu mehr Beschäftigung in manchen Dienstleistungssektoren. Gerade firmen- und sektorspezifische Qualifikation ist aber nur schwierig in andere Sektoren übertragbar. Iversen und Cusack (1998: 11) sprechen daher von den Sektorengrenzen als „skill discontinuities“, also Qualifikationshürden zwischen Berufssparten. Einerseits folgt daraus, dass generell die Mobilität zwischen Industrie und Dienstleistungssektor gehemmt ist. Andererseits nimmt mit dem Trend zur Höherqualifikation auch die Streuung von Qualifikation in einer Gesellschaft zu. Dies wirkt sich direkt (größere Nachfrage nach bestimmten Dienstleistungen, z.B. Bildung) und indirekt (über höhere Lohnspreizung) erhöhend auf die Dienstleistungsbeschäftigung aus (Tronti/ Sestini/ Toma 2000: 64).

Auf der Nachfrageseite nach Dienstleistungen sieht Fourastié (1969: 271ff.) im Strukturwandel eine erste Hauptquelle für zunehmende Dienstleistungsbeschäftigung. Er stützt sich dabei auf die von Clark entwickelte Hypothese, dass die Nachfrage nach Gütern des tertiären Sektors mit steigendem Einkommen zunimmt. Die anderen Sektoren weisen hingegen eine geringere Elastizität auf, so dass sich bei steigendem Einkommen die Nachfrage immer mehr zugunsten von Dienstleistungen verschiebt. Um die steigende Nachfrage nach Dienstleistungen zu befriedigen, muss dann als Folge die Beschäftigung in diesem Sektor steigen. Weitere Begründungen für einen solchen Strukturwandel der Nachfrage können in der Hinwendung zu postmateriellen Werten (z.B. Freizeit) oder der Individualisierung der Lebensführung gesehen werden (Häußermann/ Seibel 1995: 32). Jedoch zeigt sich in der empirischen Literatur, dass die realen Anteile des Industriesektors und des Dienstleistungssektors in der OECD-Welt viel stabiler geblieben sind, als es die Clark-Fourastié-Hypothese vorhergesagt hatte (vgl. z.B. Grömling/ Lichtblau/ Weber 1998: 122).

Zweitens ist die Lohnspreizung auch auf der Nachfrageseite beschäftigungsfördernd (Appelbaum/ Schettkat 1994: 129). Diesbezüglich werfen Kritiker von Clark und Fourastié diesen vor, dass in empirischen Tests von Strukturdivergenzen der Nachfrage in verschiedenen Einkommensschichten auf die Niveaubeziehung zwischen Nachfrage und Einkommen geschlossen wurde (Scharpf 1986: 5). Stattdessen ist unterschiedliches Nachfrageverhalten eher von der relativen Einkommensposition

abhängig und damit wiederum von der Lohnspreizung. Der Wirkungsgrad dieses Zusammenhanges hängt allerdings davon ab, ob die Nachfrage nach Dienstleistungen tatsächlich preiselastisch ist, wie dies beispielsweise Appelbaum und Schettkat (1994: 128) unterstellen.

Drittens wird Beschäftigung im Dienstleistungssektor von internationalem Handel beeinflusst. Nach Wood (1994: 163) folgen die handelbaren Dienstleistungen derselben Logik wie die Industriegüter. Demzufolge müsste sich auch hier eine Arbeitsteilung auf Grundlage des erweiterten Heckscher-Ohlin-Modells einstellen: Industrieländer exportieren Dienstleistungen mit hohen und Entwicklungsländer solche mit niedrigen Qualifikationsanforderungen (siehe auch Rowthorn und Wells (1987: 27)).

Neben angebots- und nachfrageseitigen Determinanten ist für die Entwicklung der Beschäftigung das Verhältnis von Industrie- und Dienstleistungssektoren relevant. Dieses Verhältnis kann entweder substitutiv, komplementär oder interaktiv sein (Reissert/ Schmid/ Jahn 1989: 82). Zudem hängen auch die verschiedenen Dienstleistungsbranchen voneinander ab.

Ein Beispiel für ein substitutives Verhältnis zwischen Industrie- und Dienstleistungen wurde bereits genannt: Externalisierung. Ein weiteres Beispiel, jedoch mit umgekehrten Vorzeichen, ist die *self-servicing economy* von Gershuny (1981). Danach werden bestimmte Dienstleistungstätigkeiten (Beispiel Wäschereien) durch technischen Fortschritt (Innovation der Haushaltswaschmaschine) vom Markt verdrängt und durch Eigenarbeit ersetzt. Diese Idee ist v. a. für solche Sektoren relevant, in denen hohe Preiselastizität und geringe Produktivitätsfortschritte vorliegen. Nach Esping-Andersen sind einige der Haushalts- und Konsumdienstleistungen aufgrund der hohen Substituierbarkeit mit Industriegütern anfällig für das so genannte *outpricing*, d.h. diese Dienste werden durch den relativen Preisanstieg vom Markt verdrängt (Esping-Andersen 1991: 152).

Zumindest für die unternehmensnahen Dienstleistungen können komplementäre oder sogar interaktive Beziehungsverhältnisse zum Industriesektor unterstellt werden. So führen expansive Phasen im Industriesektor zu einer erhöhten Nachfrage nach Dienstleistungen im Vorleistungsbereich. Sind damit auf Innovationen beruhende Produktivitätssteigerungen für den Industriesektor verbunden, ergibt sich ein *virtuous circle* (interaktives Verhältnis), bei dem sich Industrie- und Dienstleistungssektor wechselseitig stärken (Reissert/ Schmid/ Jahn 1989: 82), und der auch andere Dienstleistungen erfassen kann. Insgesamt gelangen sowohl Scharpf (1986: 20) wie auch Grömling, Lichtblau und Weber (1998: 402) zu der Schlussfolgerung, dass die postindustrielle Wirtschaft einen stabilen Kern aus Industrie und industrienahen Dienstleistungen benötigt, der als wichtiger Vorleistungskäufer und –verkäufer für weitere Sektoren fungiert.

2.2. Hypothesen zur Entwicklung unterschiedlicher Dienstleistungssektoren

Um aus der Diskussion über Wachstumsdeterminanten empirisch überprüfbare Hypothesen ableiten zu können, muss zunächst kurz skizziert werden, was unter dem Begriff „Dienstleistungen“ zu verstehen ist. Die in der Literatur angegebenen Definitionen für den Begriff „Dienstleistungen“ lassen sich kaum zu einer einzigen, homogenen Version zusammenfassen. Einige Elemente tauchen jedoch bereits früh in der Beschreibung von Dienstleistungen auf – so z.B. die Annahme, dass sie generell durch eine geringe Produktivität gekennzeichnet sind (Fourastié 1969; Baumol 1967; s. a. Häußerman/ Seibel 1995: 136). Doch spätestens die Entwicklung der neuen Informationstechnologien hat deutlich gezeigt, dass Dienstleistungen über gewaltige Produktivitätspotentiale verfügen. Es liegt daher nahe, dass die beschriebenen Grenzen zwischen Gütern und Dienstleistungen fließend sind, besonders wenn Dienstleistungen in ihrer Dynamik betrachtet werden (Gershuny/ Miles 1984: 43). Daher sollen im Folgenden Dienstleistungen lediglich aufgrund von Klassifikationen von Produkten und den zugehörigen Branchen abgegrenzt werden.

Prinzipiell lässt sich unterscheiden, ob eine Klassifikation funktionaler oder sektoraler Logik folgt. Im ersten Fall zielt der Begriff Dienstleistung auf die spezifische Art einer Tätigkeit ab. Im zweiten Fall werden Unternehmen bestimmten Branchen zugeordnet, die dann wiederum in Dienstleistungen und Landwirtschaft bzw. Industrie gruppiert werden. Die ökonomischen Modelle der Deindustrialisierung rekurren überwiegend auf diese sektorale Einteilung. Wie später gezeigt werden wird, greift auch die relevante theoretische Literatur von wohlfahrtsstaatlichen Institutionen vorwiegend auf solche Argumente zurück, die von einer sektoralen Einteilung ausgehen.¹ Insgesamt muss sich die Wahl der Klassifikation daher am jeweiligen Erkenntnisinteresse und der Fragestellung orientieren.

Die Wahl der Klassifikationslogik ist jedoch keineswegs trivial. Während die sektorale Klassifikation deutliche Unterschiede zwischen den Ländern aufzeigt (vgl. Tabelle 1), schrumpft i. d. R. die Dienstleistungslücke bei rein funktionaler Betrachtungsweise erheblich.² Allerdings sind solche funktionalen Klassifikationen von Reliabilitätsproblemen belastet, so dass die Ergebnisse stark von der jeweils verwendeten Klassifikation abhängen. Um dem Vorwurf zu entgehen, dass bei einer sektoralen Betrachtung Variation in der Dienstleistungsbeschäftigung lediglich als statistisches Artefakt ohne wirtschaftspolitische Konsequenzen vorliegt, ergibt eine dynamische Betrachtung der Dienstleistungen Sinn, da sie eventuelle Niveaufehler reduzieren kann.

¹ Nach Littek/ Heisig/Gondrek (1991: 30) decken sich die Konfliktfelder der Dienstleistungsgesellschaft nicht mit den klassischen Interessenstrukturen (v.a. Arbeit und Kapital).

² So findet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW 1998a; DIW 1998b) fast keine Unterschiede mehr zwischen den USA und Deutschland (vgl. auch Gries/ Birk 1998 und Cornetz/ Schäfer 1998), während Esping-Andersen (1991) Differenzen entdeckt, die analog zu seinen Wohlfahrtsstaatsregimen sind.

Im internationalen Vergleich bieten sich zwei Klassifikationen an (Reissert/ Schmid/ Jahn 1989: 41): Um die Relevanz von unterschiedlichen wohlfahrtsstaatlichen Regimen bzw. Strategien zu überprüfen, kann erstens unterschieden werden, ob der Staat öffentliche oder die Wirtschaft private Dienstleistungen anbietet. Dies ist für die vorliegende Arbeit deshalb relevant, da sich dadurch die Möglichkeit ergibt danach zu fragen, wie beschäftigungsintensiv ein Wohlfahrtsstaat ist, und welche Konsequenzen der Wohlfahrtsstaat für die Erzeugung privater Dienstleistungen hat. Zweitens kann auf der Nachfrageseite unterschieden werden, ob die Produkte des Dienstleistungssektors überwiegend von privaten Haushalten oder von Unternehmen konsumiert werden. Unternehmensbezogene Dienstleistungen subsumieren alle Dienstleistungen, die als Vorleistungen an Industrie- oder andere Dienstleistungsunternehmen weiterverkauft werden. Hierzu zählen u. a. Unternehmensberatungen, Werbeagenturen, Banken etc. Zu den personen- und Konsum bezogenen Dienstleistungen gehören all diejenigen Dienstleistungen, die dem unmittelbaren und vergüteten Konsum, der Freizeit oder der durch soziale Dienste erbrachten Reproduktion oder Bildung dienen. Die distributiven Tätigkeiten (Handel, Transport und Kommunikation) müssen bei dieser Einteilung den beiden anderen Bereichen zugeordnet werden. Solch eine Trennung ist sehr hilfreich um die bereits dargestellten Produktivitätseffekte isolieren zu können.

Auf Basis einer solchen Klassifikation sollen nun Hypothesen für die Wirksamkeit einzelner Determinanten auf unterschiedliche Dienstleistungssektoren formuliert werden. Übersicht 2 fasst diese Hypothesen zusammen. In Bezug auf das Produktivitätspotential sind unternehmensnahe Dienstleistungen z. T. durchaus in der Lage, mit dem Industriesektor Schritt zu halten. Gerade neue Informationstechnologien und die Dekonstruktion von Wertschöpfungsketten machen eine Zunahme der Produktivität auch in diesem Bereich plausibel. Die personen- und Konsum bezogenen Dienstleistungen folgen eher der Logik des Baumol-Modelles, da hier Rationalisierungsmaßnahmen im Sektordurchschnitt durch das Uno-actu-Prinzip, d.h. die Gleichzeitigkeit von Produktion und Konsumtion, an Grenzen stoßen (Scharpf 1986: 16).

Die These der zunehmenden Nachfrageverschiebung zugunsten der Dienstleistungen aufgrund höheren Pro-Kopf-Einkommens wurde von Fourastié vor allem für die personen- und konsumnahen Dienstleistungen formuliert. Aber auch für den unternehmensnahen Sektor lassen sich solche Überlegungen anstellen. So impliziert beispielsweise der Trend zu einer diversifizierten, hochqualitativen Produktion (Streeck 1995: 37) eine höhere Nachfrage nach *business services*. Da gemäß des Wagner'schen Gesetzes zunehmender Staatstätigkeit höheres Einkommen zu größeren öffentlichen Sektoren führen sollte, wird auch für öffentliche Dienstleistungen eine Einkommenselastizität größer eins angenommen.

Die Diskussion der Preiselastizität ist vergleichsweise schwierig. Für die unternehmensnahen Dienstleistungen scheinen die Entwicklung vom Verkäufer- zum Käufermarkt, die zunehmende Kundenorientierung und die allgemeine Marktsätti-

gung im Konsumgüterbereich dafür zu sprechen, dass Funktionen wie Marketing, Unternehmensfinanzierung und Controlling immer mehr zu unverzichtbaren Bestandteilen der Managementstrategien werden. Im Gegensatz zu Appelbaum und Schettkat (1998: 128) folgt daraus eher eine preisinelastische als preiselastische Nachfrage. Ob dies allerdings für den gesamten privaten Sektor gilt, ist sehr fraglich. Die Preiselastizität des personennahen Bereichs ist ebenfalls schwer einzuschätzen. Einerseits gibt es zahlreiche absolut notwendige Dienstleistungen (beispielsweise Gesundheitsversorgung), andererseits sind gerade die *fun services* (Gaststätten, Hotels, Freizeitsektor; vgl. Esping-Andersen 1991: 157) extrem preiselastisch. Aufgrund des mangelnden Preismechanismus wird hingegen für öffentliche Dienstleistungen auf eine Hypothesenbildung verzichtet. Argumente bezüglich des Handels mit Dienstleistungen treffen auf dem gegebenen Aggregatsniveau v. a. den Bereich der Unternehmensdienstleistungen.

Übersicht 1: Annahmen für vier unterschiedliche Dienstleistungssektoren

		Dienstleistungsbereiche	
		unternehmens-/ personen- bezogen	öffentlich/ privat
Hypothesen	Produktivitätspotential	mittel/ gering	gering/ mittel
	Einkommenselastizität	$> 1 / > 1$	$> 1 / > 1$
	Preiselastizität	(?)/ -1	(?) / < -1
	Handelbarkeit	ja/ nein	nein/ (?)
	Höherqualifikation	ja (?)/ gemischt	nein/ gemischt
	Externalisierung	ja/ Nein	nein/ ja
	Lohnspreizung	(?)/ wichtig	unwichtig/ wichtig
	Verhältnis zwischen Industrie und Dienstleistungen	interaktiv (?)/ substitutiv	substitutiv (?)/ interaktiv (?)
	Verhältnis zu anderen Dienstleistungen	interaktiv (?)	substitutiv (?)

Lohnspreizung reagiert überhaupt nur in den Sektoren sensitiv, in denen eine preiselastische Nachfragebeziehung besteht. Generell kann daher davon ausgegangen werden, dass die Lohnspreizung v. a. für den wenig produktiven, preiselastischen Sektors der personen- und konsumnahen Dienstleistungen und einiger traditioneller Unternehmensdienstleistungen relevant ist.

Externalisierung spielt sicherlich im Bereich des unternehmensnahen Dienstleistungssektors eine Rolle, könnte jedoch von den allgemeinen Trends eines

komplementären oder sogar interaktiven Verhältnisses mit dem Industriesektor überlagert werden. Im personen- und Konsum orientierten Sektor hingegen überwiegen die substitutiven Beziehungen wie sie oben dargestellt wurden. Zwischen Dienstleistungssektoren finden sich Interaktionswirkungen, z.B. durch verstärkten gegenseitigen Konsum der Produkte beider Sektoren.

Zum Phänomen der Höherqualifikation ist für alle Dienstleistungssektoren ein Urteil kaum möglich. Zwar ist dieser Trend über alle Branchen hinweg beobachtbar (Lichtblau 1998: 20). Die Varianz innerhalb der Sektoren ist jedoch beträchtlich. Scheint im unternehmensnahen Sektor die Dynamik der hoch qualifizierten Jobs groß zu sein (Unternehmens-, Finanzberater etc.), können auch hier Gegenbeispiele angeführt werden (Lagerverwaltung, Transportwesen). Im personennahen Bereich gibt es allein im Fall des Gesundheitssektors vom sechswöchig ausgebildeten Krankenpfleger bis zum Universitätsklinikprofessor verschiedenste Qualifikationsprofile. Diese Hypothese kann daher bei gegebener Disaggregation nicht präzisiert werden. Das einfache Baumol-Modell (vgl. Anhang) schließt die Prüfung mancher dieser Hypothesen sogar aus (z.B. Handelbarkeit, Qualifikation). Manche dieser Hypothesen (z.B. Lohnspreizung), hingegen, können erst dann theoretisch erfasst werden, wenn die grundlegenden wohlfahrtsstaatlichen Institutionen mit berücksichtigt werden.

3. Wohlfahrtsstaatsregime und Dienstleistungsbeschäftigung

3.1. Die Idee dreier Wohlfahrtsstaatsregime

Die in der Einleitung erläuterte These von drei unterschiedlichen Wegen zur postindustriellen Gesellschaft legt nahe, die weithin akzeptierte Ausdifferenzierung von Wohlfahrtsstaaten in drei verschiedene Regimetypen nach Esping-Andersen (1990) als Grundlage für eine Erklärung zu verwenden. So bedingen für Esping-Andersen die drei Idealtypen die Entwicklung postindustrieller Gesellschaften unmittelbar (Esping-Andersen 1991: 150): „[...] *the] welfare state as midwife of postindustrial employment growth*“.

Ein möglicher Anknüpfungspunkt für die Selektion relevanter politischer Institutionen ergibt sich aus der Diskussion um die Lohnspreizung im vorigen Abschnitt. Dort wurde dargelegt, welche Folgen aus einer größeren bzw. kleineren Lohnkompression für den Dienstleistungssektor zu erwarten sind. Dieses Argument kann auf die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates erweitert werden (vgl. Skolka zit. in Scharpf 1986: 9). Zudem kann die Problematik aus Sicht der Unternehmer und der (abhängigen) Beschäftigten betrachtet werden.

Prinzipiell werden Unternehmer seltener dazu bereit sein, Dienstleistungsarbeit im wenig produktiven Bereich nachzufragen, wenn die Lohnkosten, die sich in einem mehr oder weniger institutionalisierten Arbeitsmarkt ergeben, hoch sind. Ein analoges Argument gilt für steigende Lohnnebenkosten, deren wesentlichste Komponente Steuern und Abgaben für die Finanzierung des Sozialstaats (Alber 1998: 204) sind. Beschäftigte werden *cet. par.* seltener schlecht bezahlte Dienstleistungsarbeit anbieten, je höher die staatlichen Transfers sind.³ Zudem werden Beschäftigte am hochproduktiven Ende des Dienstleistungssektors nur dann Arbeit anbieten, wenn der höhere Aufwand (z.B. höhere Qualifikation) auch durch höhere (Real-)Löhne ausgeglichen wird. In beiden Fällen geht es also um die durch die Lohn- und Einkommensspreizung zu erwartende Differenzierung der Relation zwischen Einkommen und Aufwand. Unterschiedlich hohe Dienstleistungsbeschäftigung ergibt sich als Folge dieser beiden Problembereiche.

Unterschiede in der Einkommensspreizung könnten daher durch räumliche und zeitliche Unterschiede in den Institutionen vermutet werden. Die Frage ist daher, wovon die räumliche und zeitliche Variation in diesen institutionellen Dimensionen abhängt. Die eigentliche politologische Grundthese hierzu ist, dass die institutionellen Variablen Lohn- und Lohnkostenvariation von der politischen Strategiewahl der Regierung einerseits und der Art der industriellen Arbeitsbeziehungen andererseits abhängen. Die Interessen der Regierungen und der sog. Sozialpartner können jedoch für die Dienstleistungsbeschäftigung Folgen haben, die über die Lohn- und Einkommensspreizung hinausgehen. Daher soll im Folgenden versucht werden, Regimetypen auf das Dienstleistungsproblem anzuwenden.

Die hier vorgeschlagene Idealtypenbildung besteht aus zwei Komponenten: die Art des Sozialstaates und die Ebene der Interessenvertretung der Arbeitnehmer (vgl. Übersicht 2). Die politische Strategiewahl in Bezug auf die Ausgestaltung des Sozialstaates ist die erste Komponente. Sie folgt der Unterscheidung in drei Typen: Erstens gibt es Sozialstaaten, die generell einen geringen fiskalischen Anteil an der Wertschöpfung beanspruchen. Sie folgen einem liberalen Staatsverständnis, das den Einfluss des Staates auf die Marktallokation so gering wie möglich halten will. Einkommensspreizung sollte hier *cet. par.* hoch sein. Zweitens gibt es passive Sozialstaaten, die expansiver sind als die erste Gruppe, bei denen jedoch der Großteil der finanziellen Mittel via Transfers lediglich umverteilt wird. Sie folgen zudem häufig einer Status orientierten Logik, d.h. dass die Transfers an das jeweilige Erwerbseinkommen und die Berufssparte gekoppelt sind. Die Einkommensspreizung ist mittel bis gering. Drittens gibt es aktive Sozialstaaten, die wie die zweite Gruppe einen großen Teil der Wertschöpfung absorbieren, sich aber von der Verwendungsseite her unterscheiden. Sie bieten in großem Maße soziale Dienstleistungen an. Die Einkommensspreizung ist hier gering (Esping-Andersen 1990: 28). Die Belange der Dienstleistungsbeschäftigten decken sich hier mit den neokorporatistischen Strategien eines sozial-demokratischen Wohlfahrtsstaates (*ibid.*).

³ Dieses Argument basiert auf der Annahme, dass das Arbeitsangebot mit steigendem Lohn zunimmt. Dies ist jedoch nicht selbstverständlich (vgl. z.B. Atkinson/ Mogensen 1993: 26).

Die zweite Komponente ist die Art der industriellen Arbeitsbeziehungen. Auch hier lassen sich drei Idealtypen unterscheiden. Erstens gibt es Länder, deren Arbeitsmärkte in ihrer Interessenvertretung dezentral (v. a. auf Betriebsebene) organisiert sind. Sie folgen einem liberalen Marktverständnis, dass die optimale Allokation nur durch einen atomistischen Markt gewährleistet sieht. Die Lohnspreizung ist hier tendenziell am höchsten. Zweitens sind in manchen Arbeitsmärkten Interessen der Arbeitnehmer um eine Branchenlogik „gestrickt“. Die Lohnspreizung ist mittel bis klein. Zentrale Entscheidungen v. a. in Bezug auf Lohnhöhe und –kompression werden für einzelne Wirtschaftsbranchen getrennt ermittelt. Sie folgen einer historisch gewachsenen Form der Interessenvermittlung, die nach Sparten diskriminiert. In einer dritten Gruppe werden wichtige Entscheidungen auf höchster Organisationsebene (zentral) gefällt. Auch die Gewerkschaften folgen hier einer gesamtwirtschaftsorientierten (neokorporatistischen) Logik. Die Lohnspreizung ist gering.

Übersicht 2: Die drei Idealtypen der Dienstleistungsbeschäftigungsregime

		Ebene der Interessenvertretung der Arbeitnehmer		
		Dezentral	Branchenebene	Zentral
Art des Sozialstaates	Liberal	neoliberal/ neo-konservativ		
	Passiv		christlich-demokratisch	
	Aktiv			sozialdemokratisch

Die Terminologie für die drei Idealtypen ist Esping-Andersen (1990: 26-28) entlehnt. Eine solche durch die Idee der Wohlfahrtsstaatsregime geleitete Analyse ist jedoch nicht unproblematisch. Eines der grundlegenden Probleme ist, dass man die zumeist aus der Falltrias abgeleitete Bildung der Idealtypen nicht empirisch belegen kann. Idealtypen sind „vorstufentheoretisch“ (Rieger 1998: 76): „Die Richtigkeit idealtypischer Konstrukte kann nicht bewiesen werden. Sie sind kein Mittel kausaler Analyse, und sie sind auch keine Theorie“ (Rieger 1998: 79). Rieger wendet seine Kritik gerade gegen Esping-Andersens Idealtypen, da diese „Realitäten eigener Art“ seien. In diesem Sinne vermische sich bei Esping-Andersen Idealtypen- und empirische Analyse, wodurch eine Zirkularität des Arguments folge (Rieger 1998: 78).

Wenn also die unterschiedlichen Regime nicht direkt in kausale Beziehungen zur Dynamik des Dienstleistungssektors gesetzt werden können, müssen Idealtypen bestimmte Anforderungen erfüllen: (1) Regimetypen müssen als Idealtypen vorstufentheoretisch konzipiert werden. Sie sind Variationen eines Komplexes unterschiedlicher Institutionen, die dazu dienen, bestimmte Extrempole zu konkretisieren.

Der Regimetyp als solcher soll hier keine unabhängige Variable sein. (2) Um Institutionen als unabhängigen Variablen aus dem Wohlfahrtsstaatsregime „destillieren“ zu können – und dies ist die eigentliche Theorieleistung –, müssen die institutionellen Arrangements analytisch zerlegbar sein. Anhand dieser einzelnen Komponenten kann dann nachgewiesen werden, ob die jeweiligen Institutionen die Dynamik der Dienstleistungsbeschäftigung beeinflussen oder nicht. (3) Logische Überschneidungen müssen vermieden werden, da sie zumeist dem Reflex entspringen, darauf hinzuweisen, dass in der Empirie ohnehin nur Mischformen von Idealtypen vorliegen.⁴

3.2. Hypothesen zur Wirkung institutioneller Variablen auf die Dienstleistungsbeschäftigung

Um diese Anforderungen an Idealtypen zu erfüllen, sollen nun einige institutionelle Hypothesen herausgearbeitet werden, die empirisch falsifizierbar sind. Dies wird zunächst für die Sozialstaatstypen und danach für die Ebene der Sozialpartnerschaft erfolgen.

Die im letzten Kapitel vorgeschlagene Dreiteilung von Sozialstaaten basiert im Wesentlichen auf zwei Unterscheidungen, die ihren Ausdruck in jeweils zwei quantitativen Variablen finden. Zunächst werden die Sozialstaaten in traditioneller Weise nach der Höhe des Anteils an der jährlichen Wertschöpfung differenziert (Einnahmenseite). Sowohl in zeitlicher wie räumlicher Hinsicht gibt es dabei zwei Extrempole: Sozialstaaten mit einem niedrigen Anteil an der Wirtschaftsleistung eines Landes und solche mit hohem Anteil.

Die zweite Unterscheidung setzt an der Verwendungsseite der sozialstaatlichen Tätigkeiten an. Danach können Sozialstaaten in konsum- und transferintensive Typen unterschieden werden (Scharpf 1997a: 9). Ein konsumintensiver (aktiver) Sozialstaat absorbiert einen Teil der Wirtschaftsleistung, um ein eigenes Angebot an staatlichen Dienstleistungen finanzieren zu können. Der Transfer orientierte (passive) Typus des Sozialstaates hingegen verteilt die primäre Marktallokation überwiegend nur um. Sozialstaatliche Leistungen sind hier v. a. monetärer Art; über die Verwendung dieser Zahlungsströme entscheidet i. d. R. nicht der Staat, sondern andere Akteure - entweder individuelle Leistungsempfänger direkt oder wohlfahrtsstaatliche Institutionen wie z.B. Wohlfahrtsverbände oder Ärztekammern.

In der Diskussion um die quantitative Variation von Sozialstaaten werden vier große Theorierichtungen unterschieden: die Theorie des *democratic power-struggle*, Interessengruppentheorien, institutionalistisch-staatszentrierte Ansätze und funktionalistische Ansätze (Huber/ Ragin/ Stephens 1993: 714; van Kersbergen 1995: 7;

⁴ Dieses Problem tritt beispielsweise bei Korpi und Palme (1998) deutlich zutage.

Schmidt 1998: 177). Für die Einordnung zu unterschiedlichen Wohlfahrtsstaatsregimen ist dabei v. a. die Theorie des *democratic power-struggle* in ihren unterschiedlichen Varianten relevant. In der allgemeinen Form dieser Theorie gibt es unterschiedliche politische Akteure (Parteien) mit z. T. divergierenden Ideologien sowie unterschiedliche sozioökonomische *classes*, die ebenfalls Akteurscharakter besitzen (Korpi 1983: 14; Esping-Andersen 1990: 18). Der Sozialstaat ist das Produkt der Machtressourcen dieser Akteure (Schmidt 1998: 177) sowie der Form des gesamtgesellschaftlichen Konfliktaustrags in den Polen Pluralismus oder Neokorporatismus (Korpi 1983: 188). Darüber hinaus unterscheiden sich politische Parteien in diesem Machtkampf in ihren ideologischen Positionen. Säkular-konservative Kräfte unterstützen Programme zur Etablierung wenig ausgeprägter Sozialstaaten, während christlich-konservative Kräfte Status erhaltende, passive Transferleistungen bevorzugen (Iversen/ Wren 1998). Sozialdemokratische Regierungen stehen hingegen für den Ausbau öffentlicher Beschäftigung und generell des Staatskonsums.

Die unterschiedlichen politischen Strategien führen zu divergierenden institutionellen Arrangements, welche nun in ihren Folgen für diverse Dienstleistungssektoren analysiert werden können. So hat, erstens, die Höhe des sozialstaatlichen Budgets Folgen v. a. für den Bereich der privaten, wenig produktiven Dienstleistungen. Ein höheres Budget impliziert höhere sozialstaatliche Mindeststandards und diese führen *cet. par.* zu einer Erhöhung der Mindestproduktivitätsschwelle (Scharpf 1997: 10) für private Dienstleistungen – einerlei ob die staatliche Absorption zur Erzeugung von öffentlicher Beschäftigung genutzt wird oder nicht. Die Kehrseite eines kleinen öffentlichen Sozialsystems im neoliberalen/ neokonservativen Typ ist die Bedeutung privater (Finanz-)Dienstleistungen. Altersvorsorge und andere Bereiche individueller Absicherung sind wichtige Geschäftsfelder für private Anbieter und sollten daher in diesem Sozialstaatstyp vermehrt vorkommen. Dies ist ein wesentlicher Erklärungsfaktor für den sog. „managerial bias“ der US-amerikanischen sozialen Sicherung (Esping-Andersen 1991: 161).

Zweitens wirkt der Sozialstaat durch die Umverteilung von Einkommen auf Dienstleistungsbeschäftigung. Nach Korpi und Palme hängt das Ausmaß der Umverteilung v. a. von der Höhe des redistributiven Budgets ab (1998: 672). Daher dürften der christlich- und der sozial-demokratische Idealtyp in ähnlicher Weise von diesem Problem betroffen sein. Geringere Einkommensspreizung führt zu einer höheren Mindestproduktivitätsschwelle sowie zu einem geringeren Arbeitsangebot im Dienstleistungssektor. Private, wenig produktive Dienstleistungen sollten in geringerem Maße zunehmen.

Drittens bestimmen Sozialstaaten direkt die Höhe öffentlicher Beschäftigung und die Organisationsfähigkeit des Dienstleistungssektors. Auf der Verwendungsseite sollte die Konsumintensivität des aktiven Sozialstaates mehr Freiheitsgrade für aktive Beschäftigungspolitik bereitstellen und damit eine Zunahme öffentlicher sozialer Dienstleistungen ermöglichen. Dies ist auch dann der Fall, wenn es sich um Dienstleistungen handelt, die wenig rationalisierbar sind (v. a. Körper bezogene

Dienstleistungen), da die Baumol'sche Kostenkrankheit teilweise durch staatliche Subvention aufgefangen wird. Transferintensive Sozialstaaten verfügen über diese strategische Steuerungsoption nicht. Körperbezogene Dienstleistungen sind hier also anfälliger für die von Baumol beschriebenen Zusammenhänge der Externalisierung. Zudem erhöht sich mit der Zunahme der öffentlichen Beschäftigung auch die gewerkschaftliche Organisation des Dienstleistungssektors, die wiederum eigene Interessen und damit auch die Zunahme der Dienstleistungsbeschäftigung durchsetzen kann.

Viertens ist auch die Erwerbsneigung von der Art des Sozialstaates abhängig. Die unterschiedlich stark geförderte oder gehemmte Erwerbsneigung hat Konsequenzen für den Dienstleistungssektor. Prinzipiell sollte die hohe Erwerbsneigung insbesondere der Frauen im neoliberalen/ neokonservativen Fall eine zunehmend marktförmige Organisation von reproduktiven Tätigkeiten erfordern. Ähnliches gilt auch für den sozial-demokratischen Typus. Für ihn ist die hohe Erwerbsneigung ein Ziel, das durch die Produktion von staatlichen sozialen Dienstleistungen erreicht wird. Dies erleichtert Frauen das Arbeitsangebot (z.B. durch öffentliche Kinderbetreuung) und steigert unmittelbar die Arbeitsnachfrage (Esping-Andersen 1991: 156; Scharpf 1987: 70/71). Der Typus des passiven Sozialstaats, der dazu tendiert, aufgrund hoher Arbeitslosigkeit Erwerbsneigung zu reduzieren, und der traditionelle auf Familien fokussierte soziale Leistungen anbietet, sollte daher von einer geringeren Dynamik im Bereich der öffentlichen und privaten sozialen Dienstleistungen gekennzeichnet sein. Ein großer Teil der Reproduktionsarbeit wird nicht marktmäßig erbracht, und das Arbeitsangebot wächst langsamer als in den beiden anderen Regimen.

Neben der Verteilung von Sozialleistungen ist die Lohnspreizung die zweite wichtige Komponente von Einkommensverteilung in einer Gesellschaft. Im Folgenden wird angenommen, dass die Lohnspreizung v. a. durch die Ebene der Lohnverhandlungen determiniert wird (vgl. Freeman 1988). Eine vertiefte Analyse der Ebene der Lohnverhandlungen kann erklären, wie die Interessen der Vertreter industrieller Arbeitsbeziehungen generell strukturiert sind.

Die Organisationsform der Lohnverhandlungen setzt zunächst an einer zentralen Unterscheidung an: beschäftigungspolitische Regime mit hoher und niedriger Lohnspreizung. Das neoliberale Regime kennt keine institutionalisierten Verhandlungen auf dem Arbeitsmarkt. Die Variation in den Löhnen ist das „natürliche“ Produkt unterschiedlicher Qualifikationen und Wettbewerbssituationen. In den christlich- und sozial-demokratischen Regimen gibt es hingegen Akteure, die bestimmte Präferenzen über eine optimale Höhe der Lohnspreizung haben und daher ihre Politik auf die Erreichung dieser Präferenzen ausrichten. Diese Akteure sind im Wesentlichen die Vertreter industrieller Arbeitsbeziehungen.

Der Grad der Lohnspreizung und die Ebene der Lohnverhandlungen werden in der Literatur in eine inverse Beziehung gesetzt (Freeman 1988: 77; Wallerstein 1999:

664), d.h. die Lohnspreizung nimmt ab, je zentralistischer die Lohnverhandlungen sind. Die Begründung für diesen Zusammenhang leitet sich aus der so genannten neokorporatistischen Tauschhypothese und der Strategie der sozial-demokratischen Hegemonie (Scharpf 1987: 43) ab. Eine „solidarische Lohnpolitik“ kann umso leichter implementiert werden, je höher der Zentralisierungsgrad der Lohnverhandlungen ist. Wallerstein (1999: 675) bezeichnet dieses Argument als die „ideologische Begründung“ des inversen Zusammenhangs zwischen Zentralisierung und Lohndifferential. Er fügt neben genuin ökonomischen Erklärungsansätzen (ebda.: 673/ 674) noch zwei weitere Argumente hinzu. Erstens kann der Median-Lohnbezieher durch kollektiv ausgehandelte Verträge seinen eigenen Lohn durch die Reduzierung des Differentials anheben. Dies liegt daran, dass Lohndifferenziale i. d. R. rechtsschief verteilt sind, d.h. der Median liegt unterhalb des Mittelwertes (Wallerstein 1999: 675). Zweitens stimmen u. U. sogar die Arbeitgeber einer Reduktion des Lohndifferentials zu, wenn dadurch gewährleistet ist, dass die Spitzenlöhne für hoch qualifizierte Arbeitskräfte sinken (ebda.). Die neokorporatistische Tauschhypothese zwischen (sozial-demokratischen) Regierungen und Gewerkschaften wird in diesem Zusammenhang auch dadurch gestützt, dass der Grad der Lohndifferenzierung im öffentlichen Sektor i. d. R. besonders klein ist (Wallerstein 1999: 660; s. a. Pontusson/ Rueda/ Way 1999: 4).

Die zweite Unterscheidung setzt an der Ebene der Lohnverhandlungen an. Die Ebene der Lohnverhandlungen weist auf die Art der Strukturierung des Arbeitsmarktes hin. Sie kann dezentral, d.h. auf der Ebene der einzelnen Betriebe sein, auf der Ebene der Wirtschaftsbranchen stattfinden oder sogar die gesamtwirtschaftliche Ebene der Spitzenverbände (zentral) umfassen. Christlich-demokratische Regime zeichnen sich durch eine Arbeitsmarktorganisation aus, bei der die Lohnverhandlungen auf der Branchenebene stattfinden. Dies hat wichtige Implikationen für die Dominanz der traditionellen Sektoren und deren Einbindung in eine gesamtwirtschaftliche Logik. Im Gegensatz dazu sind die Lohnverhandlungen im sozial-demokratischen Idealtypus zentralisiert. Die gesamtwirtschaftliche Perspektive und nicht sektorale Sonderinteressen stehen hier im Vordergrund. Im Gegensatz dazu kennt das neoliberale Regime keine Arbeitsmarktorganisation, die dem vertrauten Muster tripartistischen Verhandeln in Europa entsprechen würde (Iversen 1998: 498). Daher wird davon ausgegangen, dass auch in diesem Fall keine sektorale Organisation der Interessen möglich ist. Diese zweite Unterscheidung zwischen unterschiedlichen Organisationsformen der Lohnverhandlungen vermag den Unterschied zwischen christlich- und sozial-demokratischen Beschäftigungsregimen besser zu veranschaulichen. Ausgangspunkt ist wiederum die Ebene der Lohnverhandlungen als zentraler, politisierter Institution. Die politologische Herleitung der Institution erfolgt nunmehr jedoch durch ein Modell der politischen Ökonomie. Im Rahmen solcher polit-ökonomischen Modellen, die bislang v. a. für makroökonomische Performanztests (vgl. z.B. OECD 1997b) benutzt wurden, kann die Frage diskutiert werden, ob die Ebene der Lohnverhandlungen sektorspezifische oder gesamtwirtschaftliche Interessen favorisiert.

Mancur Olson (1982) erklärt in seinem Buch „*The Rise and Decline of Nations*“ unterschiedliche wirtschaftliche Performanz durch die Existenz von etablierten Interessengruppen, die auf Kosten der Allgemeinheit eigene Interessen durchsetzen (1982: 74; kritisch hierzu Braun 1999). Olson (1982: 201) führt hierzu das Beispiel der Stagflation an. Die einzige gesellschaftliche Gruppe, die einen Nutzen daraus zieht, dass Unternehmer bei Arbeitslosigkeit keine Verträge mit Erwerbslosen zu niedrigeren Löhnen eingehen, sind die bereits Beschäftigten. Die Beschäftigten organisieren sich daher und nutzen ihre Organisationsmacht, um die Löhne konstant zu halten oder noch steigen zu lassen. Da sich Arbeitslose i. d. R. nur schwer organisieren lassen, kann es gleichzeitig zu Inflation und Arbeitslosigkeit kommen (ebda.: 204). Diese Interpretation der mit dem Organisationsgrad steigenden Marktmacht (Schettkat 1998: 202) von Beschäftigten wird auch durch den mikroökonomischen *Insider-Outsider-Ansatz* der Arbeitsmarkttheorie untermauert (vgl. Lindbeck/ Snower zit. in Sesselmeier/ Blauermel 1990: 123). Olson erkennt jedoch eine Ausnahme an: Sind die organisierten Interessengruppen so groß, dass sie einen „substantial portion of society“ (1982: 47) vertreten – Olson spricht in diesem Fall von „encompassing organizations“ (ebda.: 53) –, internalisieren sie einen so großen Teil der gesamtgesellschaftlichen Kosten, dass auch diese Organisationen gesamtwirtschaftlich effiziente Politiken bevorzugen.

Calmfors und Driffills (1988) haben diese Argumentation Olsons zur Grundlage ihrer berühmten „Sattel“-Hypothese gemacht, nach der Arbeitslosigkeit in Ländern mit einem sektoralen Lohnverhandlungssystem am höchsten ist. Die Implikation dieser unterschiedlichen Logiken der drei Lohnverhandlungsebenen kann aber auch auf die Interessengruppen nach Olson verallgemeinert werden. Statt der zu erklärenden Arbeitslosigkeit steht in dieser Arbeit die sektorale Beschäftigungswirkung im Vordergrund. Dezentrale Systeme unterliegen wie der liberale Sozialstaat keinem stark ausgeprägten spezifischen Kalkül. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände besitzen nur geringe Möglichkeiten, die Beschäftigung des eigenen Sektors zu forcieren oder die Löhne steigen zu lassen.

Im Gegensatz dazu werden Branchen orientierte Systeme – so die wesentliche Zusatzannahme – von den traditionellen (Industrie-)Sektoren dominiert. Hier können die sektorale Verbände aufgrund ihrer Organisationsmacht zusätzliche Ressourcen im „Abwehrkampf“ gegen den Strukturwandel freimachen, Industriebeschäftigung stabilisieren und im Extremfall sogar willkürlich dafür eintreten, Ressourcen, die eigentlich in den dynamischeren Dienstleistungssektor geflossen wären, „umzukanalisieren“.

Im Fall zentralisierter Lohnverhandlungen, schließlich, überwiegt die gesamtwirtschaftliche Logik des Handelns der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretungen. Hohe Arbeitslosigkeit und Lohn-Preis-Spiralen schaden den eigenen Mitgliedern. Die Dienstleistungsbeschäftigten sind in den zentralisierten Verhandlungen vertreten – meist durch den öffentlichen Sektor – und können ihre Interessen einbringen. Sekt-

orale Konflikte um knappe Ressourcen können durch eine umfassende Arbeitnehmervertretung gemildert werden (Garrett 1998: 40).

Diese Theoriediskussionen können analog zu Abschnitt 2 zu Hypothesen für unterschiedliche Dienstleistungsbereiche zusammengefasst werden. Übersicht 3 zeigt die Hypothesen in Bezug auf die politik-institutionellen Determinanten für vier Dienstleistungssektoren.

Übersicht 3: Hypothesen zur Wirkung politischer Institutionen

		Dienstleistungsbereiche	
Hypothesen		unternehmensnahe/ personennahe	öffentliche/ private
	Höhe des Staatssektors	negativ/ negativ	positiv/ negativ
	Relation von staatlichen Transfers zu Staatskonsum	negativ/ (?)	negativ/ negativ
	Ideologie bzw. Stärke linker Regierungen	negativ/ (?)	positiv/ negativ (?)
	Dominanz sektorspezifischer Interessen	positiv/ negativ	positiv/ negativ

Ausgangspunkt ist wiederum die Überlegung, dass die private Dienstleistungsbeschäftigung erstens mit einem zunehmenden Lohndifferential steigt. Die Verfolgung egalitärer Interessen, die umso effizienter ist, je zentralisierter die Lohnverhandlungen durchgeführt werden, hat negative Folgen für die Dienstleistungsbeschäftigung. Dies gilt v. a. für diejenigen personen- und konsumnahen Dienstleistungen, bei denen die Nachfrage preiselastisch ist. Aber auch der unternehmensnahe Dienstleistungsbereich kann von hoher Lohnkompression betroffen sein, da hier beispielsweise bei zu niedrigen Löhnen die Bereitschaft fehlt, Qualifikation in neuen, sich schnell wandelnden Aufgabenbereichen zu erwerben. Zudem steigt die Zahl der Rationalisierungsmaßnahmen, da die Kosten-Nutzen-Relation für gering qualifizierte Beschäftigte aus Unternehmersicht ungünstiger ist. Sinken jedoch durch die Lohnkompression die Löhne hoch qualifizierter Arbeitskräfte, kann dies auch positive Beschäftigungseffekte zur Folge haben.

Zweitens spielt die Dominanz sektorspezifischer Interessen eine entscheidende Rolle. Sie soll zunächst das Beharrungsvermögen der Industriebeschäftigung erklären. Da im Laufe des sektoralen Strukturwandels die Kosten für die Aufrechterhaltung einer hohen Industriebeschäftigung immer höher werden, entstehen hieraus negative Folgen für manche Dienstleistungssektoren. Insbesondere dürften hiervon private Dienstleister in schwer zu organisierenden Bereichen betroffen sein, wie z.B. die niedrig Qualifizierten und die Dienstleistungsbeschäftigten in neuen Branchen.

Die Ausnahme sollten hier jedoch diejenigen Dienstleistungssektoren bilden, die komplementär oder interaktiv mit dem Industriesektor verknüpft sind.

Die Übersichten 2 und 3 stellen die wichtigsten Hypothesen sozioökonomischer und politökonomischer Provenienz dar. Bevor allerdings dazu übergegangen werden kann, diese Hypothesen empirisch zu testen, müssen zunächst jedoch einiger Bemerkungen zur Operationalisierung der Variablen gemacht werden.

2. Empirische Befunde

4.1. Operationalisierung der Variablen

Die bei weitem umfangreichste Datenquelle für unterschiedliche Wirtschaftsbranchen im internationalen Vergleich ist die *International Sectoral Data Base* (ISDB) der OECD (STACOMP 99-2). In ihr werden für 14 Industrieländer bis zu 20 unterschiedliche Wirtschaftssektoren erfasst. Da sie aber nicht Unterbranchen für alle Länder enthält, wird auf die OECD Kategorisierung der „Großen Wirtschaftsaktivitäten“ zurückgegriffen. Die Basis für die vier abhängigen Variablen sind die erwähnten Unterscheidungen (1) zwischen öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie (2) innerhalb der privaten Dienstleistungen zwischen Personen-/Konsum bezogenen und unternehmensnahen Dienstleistungen. Alle vier Dienstleistungsvariablen werden ins Verhältnis zur erwerbsfähigen Bevölkerung gesetzt, d.h. zur Zahl der 15- bis 64-Jährigen. Im Zähler steht für den Fall der privaten Dienstleistungen die absolute Beschäftigtenzahl (STACOMP 99-2). Die Zahl der öffentlichen Beschäftigten stammt von Cusack (1989 *update*).⁵ Die Personen-/Konsum bezogenen Dienstleistungen setzen sich aus den OECD-Kategorien 6 (*wholesale and retail trade, restaurants and hotels*) und 9 (*community, social and personal services*) zusammen. Die unternehmensnahen Dienstleistungen setzen sich aus den Kategorien 7 (*transport, storage and communication*) und 8 (*finance, insurance, real estate and business services*) der OECD zusammen.

Produktivitäten für alle Sektoren wurden wie folgt berechnet: Für jeden dieser Bereiche *i* wurde die reale Bruttowertschöpfung (1990er Preisen) durch die Zahl der Beschäftigten geteilt. Daraus wurden Wachstumsraten ermittelt, von denen anschließend das mit 0,5 gewichtete Wachstum der Beschäftigtenzahl abgezogen wurde. Die Wahl des Gewichts ist willkürlich, ist aber in internationalen Vergleichsstudien eine gängige Näherung. Um konjunkturelle Schwankungen besser berücksichtigen zu

⁵ Mit Scharpf (1997: 6) ist darauf hinzuweisen, dass sich die Kategorie *producers of government services* nicht auf die Finanzierung, sondern nur auf die staatliche Provision der Dienstleistungen bezieht.

können, wurde eine Maßzahl für das Wirtschaftswachstum konstruiert. Dazu wurde die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts zu konstanten Preisen und Kaufkraftparitäten RGDPK (*World Penn Tables 5.6* entnommen aus Stephens et al. (1993, *update*)) berechnet.

Die Variablen für staatliche Transfers und Staatsverbrauch sind Cusack (1991 *update*) entnommen. Die staatlichen Transfers beziehen sich auf intranationale Transfers an Haushalte in Relation zum BIP. Im Fall des Staatsverbrauches in Relation zum BIP wurden die Ausgaben für militärische Zwecke abgezogen. Für die Lohnspreizung wurde analog zu Iversen und Wren (1998: 521/522) ein Indikator aus der ISDB (STACOMP 99-2) entwickelt. Hierzu wurden für jedes Land die zehn Wirtschaftskategorien (vgl. Übersicht 6) herangezogen. Für jede Kategorie wurde die Kompensation für abhängige Beschäftigte durch die Zahl der in der jeweiligen Kategorie abhängig Beschäftigten geteilt. Dann wurde die Variation dieser Brüche für jedes Land i in jedem Jahr j berechnet:

$$\text{Lohnspreizung}_{ij} = \frac{\text{Standardabweichung}(\text{Kompensation} / \text{Beschäftigte})_{ij}}{\text{arithmetischer Durchschnitt}(\text{Kompensation} / \text{Beschäftigte})_{ij}}$$

und stellt somit eine Maßzahl für die ungewichtete intersektorale Lohnspreizung. Als Alternative wurde ein Indikator für Einkommensungleichheit (OECD 1996) verwendet. Dieser basiert auf den klassischen 80- zu 20-Perzentilen der Einkommensverteilung.

Die neokorporatistische Tauschhypothese wird analog zu Garrett (1998) durch Index der *combined left-labour power* operationalisiert. Der Garrett-Index stellt ein Mischkonstrukt aus mehreren, standardisierten Indikatoren für die Regierungsbeteiligung linker Parteien sowie der Gewerkschaften dar (Garrett 1998: 160). Um diesen Indikator zeitlich verlängern zu können, wurde er auf die zwei Komponenten reduziert: (1) Anteil linker Parteien an Kabinettsitzen; (2) Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an der Gesamtbeschäftigung bzw. „Gewerkschaftsdichte“ (Stephens et al. 1993; *update*).

Der Indikator für die Existenz branchenspezifischer Interessen wird aus der Ebene der Lohnverhandlungen hergeleitet. Iversen (1998) schlägt einen Indikator für die Zentralisierung der Lohnverhandlungen vor, der zeitliche Variation zulässt. Dieser Index (Iversen-Index) wird wie folgt berechnet (Iversen 1998: 498): $\text{Iversen-Index} = \left(\sum w_j p_{ij}^2 \right)^{0.5}$, mit w_j als Gewichte für die drei unterschiedlichen Ebenen und p_{ij} als Anzahl der Arbeiter, die von Gewerkschaften (oder Dachverbänden) i auf den unterschiedlichen Ebenen j organisiert sind. Der Index steigt also, je mehr Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert sind, und je höher die Ebene dieser Orga-

nisation ist. Um Problemen einer hohen Korrelation mit den Länder-*Dummies* vorzubeugen, wurde der Index für diese drei Länder daher leicht modifiziert. Ausgangsbasis ist wiederum die standardisierte Gewerkschaftsdichte nach Stephens et al. (1993; *update*). Für die USA, CAN und JAP wurde der Iversen-Index mit den Veränderungsraten der standardisierten Werte für die die multipliziert. Um aus diesem Indikator Information über die Dominanz von sektorspezifischen Interessen ableiten zu können, mussten die Werte des Iversen-Index transformiert werden. Da die genauen Anteile von Arbeitnehmern je Ebene nicht bekannt sind, wurde folgende verallgemeinernde Transformation vorgenommen:

$$\text{mod. IversenIndex} = \left| w_2^* (\text{IversenIndex}_{ij} - \text{AVG}[\text{IversenIndex}]) \right|,$$

mit w_2^* , dem spezifischen standardisierten Gewicht der Branchenebene und $\text{AVG}[\text{Iversen-Index}]$, dem arithmetischen Durchschnitt des Iversen-Index über alle Länder. Man beachte, dass der Absolutbetrag dazu führt, dass entweder stark zentralisierte oder stark dezentralisierte Systeme höhere Absolutwerte aufweisen als solche, die nahe am arithmetischen Mittel liegen. Diese Transformation ist durch diese Mittelwertbereinigung anfällig für Kritik. Durch eine Differenzenbildung wird dieser Effekt allerdings relativiert.

4.2. Empirische Ergebnisse der getrennten Schätzungen

Als Grundlage für die Schätzungen soll das Modell von Baumol dienen (s. Anhang).

$$\Delta_t \ln(L_s / P) = (\alpha - 1)r_m + (r_m - r_s)(1 + \beta) + \Delta_t \ln(L / P) + \Delta \quad (\text{GL. 1})$$

Dabei steht der linke Term näherungsweise für die Wachstumsrate des Anteils der im Dienstleistungssektor Beschäftigten. Diese hängt annahmegemäß ab: (1) von einer hohen Produktivität des Industriesektors (r_m), (2) einem großen Differential in den Produktivitäten beider Sektoren ($r_m - r_s$), (3) von einer steigenden Erwerbsneigung (L/P) sowie zusätzlicher, institutioneller Determinanten (Δ). Um Problemen der Multikollinearität vorzubeugen, wird es leicht umgeformt:

$$\Delta_t \ln(L_s / P) = (\alpha + \beta)r_m - (1 + \beta)r_s + \Delta_t \ln(L / P) + \Delta \quad (\text{GL. 2})$$

Dieses Modell wird ökonomisch durch ein so genanntes Fehlerkorrekturmodell geschätzt. Dieses Modell enthält nicht nur die exogenen Variablen in den jährlichen Differenzen, sondern auch in deren Absolutwerten. Dieses Modell wird zunächst für private und öffentliche Dienstleistungen geschätzt (Tabelle 2), und dann für unternehmensnahe bzw. personennahe Dienstleistungen (Tabelle 3). Alle Gleichungen wurden mit 13 Länder-*Dummies* geschätzt (sog. *fixed effects model*), deren Koeffizienten im Folgenden nicht wiedergegeben werden.

Tabelle 2: Getrennte Schätzungen für private und öffentliche Dienste

	Private Dienstleistungen (Differenz)		Öffentliche Dienstleistungen (Differenz)	
	I	II	I	II
Konstante	-4,559*** (1,745)	-4,863 (7,235)	-0,688 (0,815)	-2,103 (2,926)
abhängige Variable (Niveau)	0,061 (0,053)	-0,045 (0,083)	-0,071** (0,031)	-0,114 (0,146)
Produktivität Industriesektor (Niveau)	0,006 (0,007)	0,03 (0,062)	0,003 (0,002)	-0,008 (0,04)
Produktivität Industriesektor (Differenz)	-0,077*** (0,019)	-0,094 (0,062)	0,001 (0,013)	-0,006 (0,037)
Produktivität Dienstleistungssektor (Niveau)	-0,014 (0,022)	-0,114 (0,155)	-0,001 (0,04)	-0,002 (0,208)
Produktivität Dienstleistungssektor (Differenz)	-0,047** (0,02)	-0,079 (0,048)	-0,044* (0,025)	-0,007 (0,067)
Erwerbsbeteiligung (Niveau)	0,065** (0,028)	0,129 (0,095)	0,016 (0,011)	0,026 (0,044)
Erwerbsbeteiligung (Differenz)	0,455*** (0,107)	0,709** (0,317)	0,045 (0,041)	0,114 (0,159)
staatliche Transfers (Niveau)	0,009 (0,028)	0,062 (0,114)	-0,027* (0,016)	-0,007 (0,064)
staatliche Transfers (Differenz)	-0,115* (0,067)	-0,053 (0,251)	-0,055 (0,033)	0,115 (0,216)
Staatskonsum (Niveau)	0,102** (0,048)	0,048 (0,107)	0,045 (0,029)	0,084 (0,064)
Staatskonsum (Differenz)	0,113 (0,109)	0,295 (0,282)	0,265*** (0,061)	0,272 (0,188)
Lohnspreizung (Niveau)	0,008 (0,008)	-	-0,004 (0,004)	-
Lohnspreizung (Differenz)	0,032** (0,012)	-	-0,005 (0,006)	-
Einkommensverteilung (Niveau)	-	0,213 (0,307)	-	-0,067 (0,193)
Einkommensverteilung (Differenz)	-	21,779 (17,923)	-	-4,452 (11,591)
Garrett-Index (Niveau)	-0,704 (0,482)	-1,501 (0,912)	0,403** (0,188)	0,837 (0,624)
Garrett-Index (Differenz)	-1,189 (0,855)	-0,078 (1,799)	0,476 (0,421)	0,965 (1,063)
mod. Iversen-Index (Niveau)	-0,018*** (0,005)	-	0,01*** (0,003)	-
mod. Iversen-Index (Differenz)	-0,007 (0,013)	-	0 (0,006)	-
Iversen-Index (Niveau)	-	-0,044* (0,024)	-	-0,003 (0,011)
Iversen-Index (Differenz)	-	-0,026 (0,035)	-	-0,015 (0,017)
Reales BSP	-0,151** (0,07)	-0,139 (0,168)	-0,011 (0,027)	0,02 (0,089)
Wirtschaftswachstum	0,186*** (0,045)	0,181 (0,134)	0,052** (0,022)	0,144 (0,088)
Freiheitsgrade Model/ Fehlerterme	33 / 65	32 / 18	33 / 65	32 / 18
R ²	0,688	0,832	0,732	0,725
adj. R ²	0,534	0,543	0,6	0,252

Condition Number	182	381,4	182	381,4
White-Statistik	98 (97)	91 (90)	98 (97)	91 (90)
Langrange Multiplier	0,49	0,33	0,54	0,47

Quelle: Eigene Berechnungen; in Klammern sind jeweils die für Panel-Daten korrigierten Standardfehler nach Beck und Katz angegeben; Signifikanzniveau: * < 0,1; ** < 0,05; *** < 0,01;

In Tabelle 2 sind die Ergebnisse für zwei verschiedene Modelle I und II erfasst, die sich nur in der Wahl der Indizes für Lohn- bzw. Einkommensspreizung und des Lohnverhandlungssystems unterscheiden. Die Güte von Modell I ist zufrieden stellend, während für das Modell II Probleme auftreten. Die Freiheitsgrade sind erheblich geschrumpft, da die OECD nur für die Hälfte der Beobachtungen Werte für Einkommensverteilung ausweist. Die Vermutung von Multikollinearität in Modell II wird durch einschlägige Teststatistiken (*condition number*) bestätigt. Die *White*- und *Langrange*-Statistiken zeigen hingegen für alle Gleichungen, dass Heteroskedastie und Autokorrelation erfolgreich eliminiert wurden.

Produktivitätseffekte sind nur in geringem Maße nachweisbar. Nur Modell I der Abhängigen ‚private Dienstleistungen‘ weist signifikante Werte für die Wachstumsraten der Produktivitäten auf. Die Werte sind wie folgt zu interpretieren: Der Parameter vor dem Wachstum der Produktivität im Industriesektor (-0,077) entspricht in der theoretischen Formulierung (Gl.2) $\alpha + \beta$. Der geschätzte Parameter vor dem Wachstum der Produktivität im Dienstleistungssektor (-0,047) entspricht $-1 - \beta$. Für die Einkommenselastizität α ergibt sich daher ein Wert von 0,876, der nicht signifikant über 1 liegt. Fourastiés „unersättlicher Hunger nach Tertiärem“ konnte hier nicht belegt werden. Die Preiselastizität β ist mit -0,953 außerordentlich hoch. Der Preiseffekt übertrifft sogar knapp den Einkommenseffekt. Deshalb kann hier nicht von einer produktivitätsbedingten Steigerung der Dienstleistungsbeschäftigung ausgegangen werden. Die öffentlichen Dienstleistungen scheinen überhaupt nicht von der Produktivität im Industriesektor abzuhängen.

Wie erwartet spielt die Erwerbsneigung eine wichtige Rolle für die Dynamik der privaten Dienstleistungsbeschäftigung. Eine Zunahme der Erwerbsneigung um einen Prozentpunkt führt zu einer Steigerung von 0,5 bis 0,7 Prozentpunkten bei den privaten Dienstleistungen. Die Staatsvariablen sind besonders für die öffentliche Beschäftigung relevant. Erwartungsgemäß sinkt die Zahl öffentlich Beschäftigter mit steigenden Transfers, und sie nimmt mit steigendem Staatsverbrauch zu. Die Beschäftigungselastizität des Staatsverbrauchs von knapp 30% (Parameter für erste Differenz des Staatskonsums) liegt deutlich unterhalb des Durchschnittswertes, den Cusack et al. (1989: 491) für den Zeitraum 1960-83 ermittelt haben (ca. 52%). Das Maß intersektoraler Lohnspreizung ist nur als erste Differenz für private Dienstleistungen relevant. Das Vorzeichen ist positiv; je höher die Lohnspreizung, desto höher das Wachstum der Dienstleistungsbeschäftigung. Für den OECD-Index der Einkommensverteilung (Modell II) kann kein signifikanter Zusammenhang mit der Dienstleistungsbeschäftigung nachgewiesen werden.

Der *Left-Labour-Power* Index von Garrett ist nur als langfristiger Indikator für die öffentlichen Dienstleistungen aussagefähig. Die Zentralisierungsindizes fördern kontraintuitive Ergebnisse zutage. Während der einfache Iversen-Index als Näherung für geringe Lohnspreizung erwartungsgemäß reagiert, widerlegt der Koeffizient für den modifizierten Index die Hypothese. Hier konnten also keine sektorspezifischen Interessen nachgewiesen werden, denn für die privaten Dienstleistungen hätte das Vorzeichen positiv sein müssen.

Wirtschaftswachstum ist durchweg positiv assoziiert mit der Zunahme der Dienstleistungsbeschäftigung, während das Pro-Kopf-Einkommen für private Dienstleistungen sogar ein negatives Verhältnis impliziert. Auch dies kann als Rückschlag für die These des Nachfragewandels von Fourastié interpretiert werden.

In Tabelle 3 sind die Ergebnisse für die disaggregierten Dienstleistungssektoren wiedergegeben. Die Produktivitäten sind nur für den Fall der unternehmensnahen Dienstleistungen signifikant. Hier zeichnet sich ein ähnliches Bild wie für die privaten Dienstleistungen ab. Die Einkommenselastizität α ist mit 0,959 sehr nahe an 1 und kleiner als die Preiselastizität ($\beta = -0,969$). Daher überwiegt auch hier der Preiseffekt den Einkommenseffekt.

Die (sozialstaatlichen) Transfers scheinen eine besonders wichtige Rolle für die Entwicklung der unternehmensnahen Dienstleistungen zu spielen. Je höher die von den Transfers stammende Belastung des Faktors Arbeit, desto geringer ist das Wachstum der Unternehmens nahen Dienstleistungen. Weder für die intersektorale Lohnspreizung noch für den Index der Einkommensverteilung konnten signifikante Zusammenhänge nachgewiesen werden.

Interessanterweise spielt der Garrett-Index eine verstärkende Rolle für die Zunahme beider Dienstleistungssektoren. Die Disaggregation hat also zutage gefördert, dass die Effizienz des neokorporatistischen Tausches eine Rolle spielen kann. Wenn die Effekte auch absolut betrachtet schwach sind, zeigt sich doch, dass die neokorporatistische Theorie die Präferenzen für bestimmte Dienstleistungen, z.B. die sozialen Dienstleistungen im Bereich der personennahen, aufzeigen kann.

Tabelle 3: Getrennte Schätzungen für personen- und unternehmensnahe Dienste

	Personennahe Dienstleistungen (Differenz)		Unternehmensnahe Dienstleistungen (Differenz)	
	I	II	I	II
Konstante	-1,602** (0,784)	0,172 (2,482)	-0,14 (0,566)	1,525 (1,131)
abhängige Variable (Niveau)	0,08** (0,031)	0,186** (0,073)	0,068*** (0,019)	0,115** (0,04)
Produktivität Industrie- sektor (Niveau)	-0,005 (0,005)	-0,023 (0,016)	0,006* (0,003)	0,005 (0,026)
Produktivität Industrie- sektor (Differenz)	-0,006 (0,013)	0,048 (0,033)	-0,01 (0,007)	0,014 (0,016)
Produktivität Dienstleis- tungssektor (Niveau)	0,048 (0,031)	0,15* (0,082)	-0,006* (0,003)	0,003 (0,015)
Produktivität Dienstleis- tungssektor (Differenz)	-0,008 (0,013)	0,016 (0,023)	-0,031*** (0,01)	-0,005 (0,025)
Erwerbsbeteiligung (Niveau)	-0,001 (0,013)	-0,073* (0,041)	-0,005 (0,008)	-0,038** (0,018)
Erwerbsbeteiligung (Differenz)	0,147*** (0,047)	-0,174 (0,143)	0,075*** (0,022)	-0,015 (0,067)
staatliche Transfers (Niveau)	0,001 (0,02)	-0,054 (0,057)	-0,019** (0,008)	-0,038 (0,027)
staatliche Transfers (Differenz)	-0,046 (0,053)	-0,264* (0,134)	-0,062** (0,025)	-0,218*** (0,066)
Staatskonsum (Niveau)	-0,002 (0,021)	-0,028 (0,057)	-0,008 (0,014)	-0,019 (0,028)
Staatskonsum (Differenz)	-0,004 (0,079)	-0,33** (0,146)	-0,023 (0,033)	-0,128 (0,08)
Lohnspreizung (Niveau)	0,006 (0,007)	-	0,002 (0,002)	-
Lohnspreizung (Differenz)	0,005 (0,008)	-	-0,002 (0,003)	-
Einkommensverteilung (Niveau)	-	0,099 (0,151)	-	-0,014 (0,079)
Einkommensverteilung (Differenz)	-	-11,969 (9,687)	-	-1,389 (4,691)
Garrett-Index (Niveau)	0,059 (0,212)	0,001 (0,47)	0,144 (0,094)	0,07 (0,259)
Garrett-Index (Differenz)	1,026* (0,541)	1,485 (0,978)	0,365* (0,203)	0,694 (0,498)
mod. Iversen-Index (Niveau)	0 (0,004)	-	0,008** (0,003)	-
mod. Iversen-Index (Differenz)	0,012* (0,007)	-	0,001 (0,005)	-
Iversen-Index (Niveau)	-	0,014 (0,011)	-	0,018*** (0,006)
Iversen-Index (Differenz)	-	0,032** (0,015)	-	0,023*** (0,008)
Reales BSP	-0,053 (0,042)	-0,012 (0,094)	0,002 (0,013)	-0,01 (0,039)
Wirtschaftswachstum	0,075** (0,032)	-0,075 (0,078)	0,045** (0,018)	-0,039 (0,037)
Freiheitsgrade Model/ Fehlerterme	33 / 65	32 / 18	33 / 65	32 / 18
R ²	0,664	0,906	0,748	0,926
adj. R ²	0,498	0,744	0,623	0,8

Condition Number	182	381,4	182	381,4
White-Statistik	98 (97)	91 (90)	98 (97)	91 (90)
Langrange Multiplier	0,95	0,67	0,27	0,34

Quelle: Eigene Berechnungen; in Klammern sind jeweils die für Panel-Daten korrigierten Standardfehler nach Beck und Katz angegeben; Signifikanzniveau: * < 0,1; ** < 0,05; *** < 0,01;

Auch die zweite polit-institutionelle Variable reagiert erwartungsgemäß. Die Industriespezifität der gewerkschaftlichen Interessenorganisation wirkt sich sowohl auf die personen- und Konsum bezogenen wie auch auf die Unternehmens bezogenen Dienstleistungen aus. Für erstere bedeutet eine Abnahme des modifizierten Iversen-Index eine Zunahme des Dienstleistungssektors. Für die unternehmensnahen Dienste gilt ein ähnlicher Zusammenhang für das Niveau dieser Variable. Die Parameter entsprechen also den Vorhersagen. Der Parameterwert für den einfachen Iversen-Index ist für beide Sektoren – entgegen den Vorhersagen – positiv. Die interessentheoretische Interpretation hierzu könnte lauten, dass in breiten Repräsentationsgremien die unternehmensnahen Dienste eher gefördert werden als die personenbezogenen.

4.3. Empirische Ergebnisse der simultanen Schätzungen

In einem zweiten Schritt wird nun der wechselseitigen Abhängigkeit unterschiedlicher Dienstleistungssektoren Rechnung getragen. Dazu werden jeweils zwei Gleichungen simultan geschätzt: private Dienste mit öffentlichen, personen- mit unternehmensnahen sowie öffentliche mit personen- bzw. unternehmensnahen. Insgesamt ergeben sich daher vier Gleichungssysteme. In der Ökonometrie werden sog. simultane Gleichungssysteme durch mehrstufige Verfahren geschätzt. In einem ersten Schritt werden die Gleichungen auf gewohnte Art und Weise geschätzt (sog. OLS-Verfahren). Der zweite Schritt ist dann, für die endogenen Variablen, die jeweils in den anderen Gleichungen exogen eingesetzt werden, Instrumentenvariablen zu finden (2SLS).⁶ Die ökonometrische Implementation ist analog zum vorigen Kapitel, mit dem Unterschied, dass neben den exogenen Variablen aus Modell I (vgl. Tabellen 2 und 3) noch quasi überkreuz die abhängige Variable der jeweils anderen Gleichung eingefügt wird (GL.3).

$$\text{Sektor}_j = \text{MODELL}(I) + a_n \text{Sektor}_n$$

$$\text{Sektor}_n = \text{MODELL}(I) + a_j \text{Sektor}_j$$

Auf der linken Seite der Modellgleichungen stehen jeweils wieder zeitliche Differenzen, während auf der rechten sowohl Niveaus wie auch Differenzen zu finden sind. Die Modellgüte (vgl. Tabelle 5) ist weitgehend gleich geblieben und für unterneh-

⁶ Die üblichen Rang- und Identifikationskriterien für simultane Gleichungssysteme sind hier erfüllt (vgl. Gujarati 1995: 665/ 666); die Gleichungssysteme sind (über-)identifiziert und damit schätzbar.

mensnahe Dienste sogar leicht gestiegen. Zunächst stellt sich die Frage, ob zwischen den unterschiedlichen Dienstleistungsbereichen – statistisch betrachtet – tatsächlich von einer wechselseitigen Kausalität ausgegangen werden muss. Der sog. *Hausman-Test* misst diesen *simultaneity bias*. Im oberen Fall mit jeweils 67 Freiheitsgraden liegt die Wahrscheinlichkeit in allen vier Fällen nahe eins, d.h. also, die zwei Sektoren determinieren sich gegenseitig (vgl. Tabellen 4 und 5).

Gleichungssystem private und öffentliche Dienste: Die geschätzten Parameterwerte bleiben im Vergleich zu der getrennten Schätzung ähnlich. Die Werte für die Einkommenselastizität (α) liegen bei 0,877 (OLS) und 0,876 (2SLS), die der Preiselastizität (β) bei -0,952 (OLS) und -0,951 (2SLS). Auch an den Signifikanzen ändert sich nichts wesentlich gegenüber den getrennten Schätzungen. Interessant ist v. a. die hinzugekommene erklärende Variable. Für die privaten (öffentlichen) Dienste wurde entsprechend die erste Differenz der öffentlichen (privaten) Dienstleistungen eingefügt. In der OLS-Schätzung tritt ein signifikant negativer Zusammenhang auf, der durch die Instrumentenschätzung wieder verschwindet. Ähnliches lässt sich auch für den umgekehrten Fall erkennen. Das Beziehungsverhältnis zwischen privaten und öffentlichen Diensten scheint also substitutiv zu sein, allerdings kann dies nicht signifikant nachgewiesen werden.

Gleichungssystem personen- und unternehmensnahe Dienste: Gegenüber den getrennten Schätzungen verändert sich auch hier nur wenig. Einige Exogene werden nunmehr insignifikant – z.B. die erste Differenz der Erwerbsneigung. Letzteres ist aber wenig erstaunlich, wird doch jetzt die gestiegene Erwerbsneigung detaillierter mit den jeweiligen anderen Dienstleistungssektoren erfasst. Dies verdeutlicht ein Blick auf die „Überkreuzvariable“. Sie ist in drei von vier Fällen höchst signifikant – nur für die Gleichung der Unternehmens nahen Dienste verliert die endogene Variable personennahe Dienste ihre Signifikanz im Übergang zur 2SLS-Schätzung. Auffällig ist auch die Größe der Parameter. Steigt die Dienstleistungsbeschäftigung im unternehmensnahen Bereich um 1%, so nimmt jene im personennahen Bereich um 1,1% (OLS) bzw. sogar um 2% (2SLS) zu. Umgekehrt steigt die Beschäftigung im Bereich der Unternehmensdienste nur um ca. 0,3% (OLS) bzw. 0,2% (2SLS) an, falls die Beschäftigung im Bereich Personendienste um 1% zunimmt. Es spricht also einiges für eine Interaktionsbeziehung zwischen unterschiedlichen privaten Dienstleistungssektoren. Die quantitativ auffällige Kausalrichtung läuft von den unternehmensnahen zu den personen- und konsumorientierten Dienstleistungen, da der Multiplikationseffekt hier bedeutend höher ist.

Tabelle 4: Simultane Schätzungen: erster Teil

	private		öffentliche		personennahe		unternehmensnahe	
	OLS	2SLS	OLS	2SLS	OLS	2SLS	OLS	2SLS
Konstante	-4,434** (2,024)	-4,248* (2,238)	-1,569 (1,122)	-1,332 (1,598)	-0,525 (1,032)	0,351 (1,279)	-0,315 (0,52)	-0,29 (0,546)
abh. Variable (Niveau)	0,06 (0,037)	0,058 (0,041)	-0,073** (0,031)	-0,072** (0,031)	0,062** (0,028)	0,047 (0,033)	0,014 (0,025)	0,022 (0,056)
Prod.vität Industrie (Niveau)	0,01 (0,011)	0,017 (0,014)	0,003 (0,003)	0,003 (0,003)	-0,003 (0,004)	-0,002 (0,005)	0,002 (0,004)	0,003 (0,005)
Prod.vität Industrie (Differenz)	-0,075** (0,028)	-0,072** (0,031)	-0,006 (0,015)	-0,004 (0,018)	-0,001 (0,015)	0,003 (0,018)	-0,006 (0,008)	-0,007 (0,009)
Prod.vität Dienstleis- tung (Niveau)	-0,028 (0,038)	-0,049 (0,047)	0,001 (0,052)	0,001 (0,052)	0,035 (0,029)	0,025 (0,035)	-0,003 (0,004)	-0,003 (0,005)
Prod.vität Dienstleis- tung (Differenz)	-0,048** (0,02)	-0,049** (0,023)	-0,031 (0,031)	-0,034 (0,035)	-0,01 (0,012)	-0,011 (0,014)	-0,02* (0,012)	-0,022 (0,015)
Erwerbsneigung (Niveau)	0,066** (0,031)	0,069** (0,034)	0,028* (0,016)	0,025 (0,022)	-0,008 (0,015)	-0,014 (0,018)	0,001 (0,008)	+ 0 (0,01)
Erwerbsneigung (Differenz)	0,481*** (0,098)	0,518*** (0,115)	0,093* (0,055)	0,08 (0,084)	0,056 (0,053)	-0,017 (0,071)	0,038 (0,029)	0,043 (0,046)
staatliche Transfers (Niveau)	-0,003 (0,037)	-0,021 (0,045)	-0,029 (0,019)	-0,028 (0,019)	0,021 (0,019)	0,036 (0,024)	-0,016 (0,01)	-0,017* (0,01)
staatliche Transfers (Differenz)	-0,141 (0,096)	-0,18 (0,113)	-0,067 (0,052)	-0,064 (0,054)	0,038 (0,053)	0,106 (0,069)	-0,051* (0,029)	-0,053* (0,031)
Staatskonsum (Niveau)	0,107** (0,046)	0,115** (0,052)	0,06** (0,03)	0,056 (0,035)	-0,005 (0,025)	-0,008 (0,029)	0,001 (0,014)	-0,001 (0,016)
Staatskonsum (Differenz)	0,252* (0,146)	0,458* (0,269)	0,274*** (0,074)	0,272*** (0,075)	0,001 (0,071)	0,005 (0,084)	-0,011 (0,039)	-0,013 (0,041)
Lohnspreizung (Niveau)	0,003 (0,011)	-0,004 (0,015)	-0,003 (0,006)	-0,004 (0,006)	0,001 (0,006)	-0,002 (0,008)	0,003 (0,003)	0,003 (0,003)
Lohnspreizung (Differenz)	0,027 (0,014)	0,02 (0,017)	-0,002 (0,007)	-0,002 (0,008)	0,005 (0,007)	0,005 (0,008)	-0,002 (0,004)	-0,002 (0,004)
Garrett-Index (Niveau)	-0,001 (0)	-0,001 (0,001)	+0 (0)	0 (0,001)	-0 (0)	-0 (0)	+0 (0)	-0 (0)
Garrett-Index (Differenz)	-0,001 (0,001)	0 (0,001)	+0 (0,001)	0 (0,001)	0 (0,001)	0 (0)	+0 (0)	0 (0)
mod. Iversen-Index (Niveau)	-0,013* (0,007)	-0,006 (0,011)	0,007* (0,004)	0,008 (0,006)	-0,006 (0,004)	-0,012** (0,006)	0,006** (0,002)	0,007** (0,003)
mod. Iversen-Index (Differenz)	-0,005 (0,015)	-0,003 (0,017)	0 (0,008)	0 (0,008)	0,008 (0,008)	0,005 (0,009)	-0,002 (0,004)	-0,001 (0,005)
Reales BSP pro Kopf	-0** (0)	0** (0)	0 (0)	- 0 (0)	0 (0)	- 0 (0)	+0 (0)	0 (0)
Wirtschaftswachstum	0,211*** (0,051)	0,248*** (0,068)	0,071** (0,028)	0,066** (0,037)	0,047* (0,028)	0,024 (0,034)	0,019 (0,016)	0,023 (0,028)
Endogene Variable (Differenz)	-0,550** (0,221)	-1,366 (0,887)	-0,133** (0,061)	-0,097 (0,182)	1,105*** (0,179)	2,003*** (0,451)	0,282*** (0,062)	0,241 (0,269)
Freiheitsgrade Modell/ Fehler	34 / 64	34 / 64	34 / 64	34 / 64	34 / 64	34 / 64	34 / 64	34 / 64
R ²	0,715	0,655	0,751	0,749	0,789	0,706	0,81	0,808
adj. R ²	0,569	0,477	0,622	0,620	0,681	0,555	0,712	0,71
Hausman OLS zu 2SLS	m-Statistik (DF = 67): 3,944; Prob. = 1				m-Statistik (DF = 67): 4,728 ; Prob. = 1			

Eigene Berechnungen; in Klammern sind jeweils die einfachen Standardfehler angegeben;
Signifikanzniveaus: * < 0,1; ** < 0,05; *** < 0,01;

Tabelle 5 enthält die Schätzergebnisse für die beiden übrigen Gleichungssysteme. Die korrigierten R^2 -Werte sind nahezu mit den Werten der getrennten Schätzung identisch, mit einer Ausnahme: Das Bestimmtheitsmaß für die Gleichung der öffentlichen Dienste (2SLS) ist negativ. Das deutet auf Probleme in der Instrumentenschätzung hin. Daher ist die Schätzung dieses Gleichungssystems nicht interpretierbar.

Gleichungssystem der personennahen und öffentlichen Dienste: In beiden Gleichungen ist nur wenig Veränderung gegenüber der getrennten Schätzung zu erkennen. Es existieren Anzeichen dafür, dass aufgrund der ähnlichen Tätigkeiten zwischen öffentlichen und privaten personen- und Konsum orientierten Dienstleistungsbeschäftigten ein substitutives Verhältnis besteht. Besonders deutlich wird dies in der Gleichung für öffentliche Dienste. Nimmt die Beschäftigung im personen- und konsumnahen Sektor um 1% zu, so sinkt die öffentliche Beschäftigung um 1,4% (2SLS). Im umgekehrten Fall führt eine Steigerung der öffentlichen Beschäftigung zu keiner eindeutigen Bewegung der personennahen Dienste (Wert: 0,177, aber nicht signifikant).

Gleichungssystem der unternehmensnahen und öffentlichen Dienste: Das Muster der „Überkreuzbeziehung“ ähnelt stark demjenigen des vorigen Gleichungssystems. Die öffentliche Beschäftigung sinkt mit steigender unternehmensnaher Beschäftigung (-1,2%), während umgekehrt kein eindeutiger Trend auszumachen ist (Wert: -0,205, aber nicht signifikant).

Tabelle 5: Simultane Schätzungen: zweiter Teil

	personennahe		öffentliche		unternehmensnahe		öffentliche	
	OLS	2SLS	OLS	2SLS	OLS	2SLS	OLS	2SLS
Konstante	-1,30 (1,234)	-1,746 (1,392)	-1,180 (1,013)	-2,922 (2,177)	-0,182 (0,578)	-0,195 (0,583)	-1,01 (1,01)	-1,362 (1,123)
abh. Variable (Niveau)	0,060* (0,034)	0,090** (0,043)	-0,09*** (0,030)	-0,155** (0,071)	0,049* (0,026)	0,044 (0,038)	-0,06** (0,03)	-0,054 (0,033)
Prod.vität Industrie (Niveau)	-0,002 (0,005)	-0,007 (0,007)	0,004 (0,003)	0,008 (0,006)	0,006 (0,004)	0,006 (0,004)	0,002 (0,003)	0,002 (0,003)
Prod.vität Industrie (Differenz)	-0,007 (0,018)	-0,006 (0,01)	-0,001 (0,014)	-0,011 (0,026)	-0,009 (0,009)	-0,008 (0,009)	-0,002 (0,014)	-0,006 (0,016)
Prod.vität Dienstleis- tungen (Niveau)	0,021 (0,037)	0,061 (0,049)	-0,014 (0,050)	-0,060 (0,094)	-0,006 (0,005)	-0,006 (0,004)	-0,003 (0,050)	-0,005 (0,054)
Prod.vität Dienstleis- tungen (Differenz)	-0,014 (0,014)	-0,006 (0,017)	-0,040 (0,029)	-0,024 (0,052)	-0,027** (0,013)	-0,026* (0,014)	-0,048* (0,028)	-0,053* (0,032)
Erwerbsneigung (Niveau)	0,003 (0,019)	-0,003 (0,020)	0,022 (0,014)	0,043 (0,030)	-0,002 (0,009)	-0,001 (0,010)	0,020 (0,014)	0,024 (0,016)
Erwerbsneigung (Differenz)	0,161** (0,061)	0,140** (0,070)	0,082 (0,050)	0,213* (0,128)	0,082** (0,031)	0,083** (0,033)	0,090* (0,051)	0,139** (0,062)
staatliche Transfers (Niveau)	-0,006 (0,023)	0,004 (0,027)	-0,027 (0,018)	-0,028 (0,033)	-0,023** (0,011)	-0,024* (0,013)	-0,037** (0,019)	-0,048** (0,021)
staatliche Transfers (Differenz)	-0,07 (0,062)	-0,031 (0,075)	-0,069 (0,049)	-0,117 (0,094)	-0,070** (0,033)	-0,072** (0,035)	-0,101* (0,051)	-0,151** (0,063)
Staatskonsum (Niveau)	0,004 (0,030)	-0,005 (0,034)	0,055** (0,028)	0,087 (0,055)	-0,005 (0,015)	-0,004 (0,015)	0,044 (0,028)	0,042 (0,031)
Staatskonsum (Differenz)	0,092 (0,094)	-0,05 (0,145)	0,267*** (0,071)	0,277** (0,126)	0,021 (0,048)	0,034 (0,083)	0,269*** (0,071)	0,271*** (0,078)
Lohnspreizung (Niveau)	0,002 (0,008)	0,008 (0,009)	-0,002 (0,006)	0,004 (0,012)	0,001 (0,004)	0 (0,004)	-0,003 (0,006)	-0,002 (0,007)
Lohnspreizung (Differenz)	0,001 (0,009)	0,007 (0,010)	-0,004 (0,007)	-0,001 (0,012)	-0,003 (0,004)	-0,004 (0,005)	-0,006 (0,007)	-0,006 (0,007)
Garrett-Index (Niveau)	0,004 (0,2)	0,086 (0,3)	0,4 (0,3)	0,664 (0,522)	0,122 (0,146)	0,115 (0,150)	0,281 (0,272)	0,260 (0,298)
Garrett-Index (Differenz)	1,2** (0,6)	0,930 (0,702)	0,9* (0,5)	1,971* (1,170)	0,494 (0,314)	0,534 (0,372)	0,901* (0,502)	1,256** (0,583)
mod. Iversen-Index (Niveau)	0,003 (0,005)	-0,001 (0,006)	0,010*** (0,004)	0,011* (0,007)	0,010*** (0,002)	0,010*** (0,003)	0,014*** (0,004)	0,018*** (0,005)
mod. Iversen-Index (Differenz)	0,013 (0,009)	0,012 (0,010)	0,003 (0,007)	0,142 (0,153)	0,002 (0,005)	0,002 (0,004)	0,002 (0,008)	0,004 (0,008)
Reales BSP pro Kopf	-0,04 (0,04)	-0,056 (0,048)	0,001 (0)	0,044 (0,056)	0,005 (0,017)	0,006 (0,017)	-0,005 (0,027)	0,001 (0,029)
Wirtschaftswachstum	0,091*** (0,034)	0,067 (0,041)	0,072*** (0,026)	0,142** (0,068)	0,049*** (0,017)	0,050*** (0,018)	0,066** (0,026)	0,080*** (0,029)
Endogene Variable (Differenz)	-0,361** (0,147)	0,177 (0,413)	-0,309** (0,0930)	-1,399* (0,786)	-0,157** (0,075)	-0,205 (0,251)	-0,56*** (0,172)	-1,16*** (0,389)
Freiheitsgrade Modell/ Fehler	34 / 64	34 / 64	34 / 64	34 / 64	34 / 64	34 / 64	34 / 64	34 / 64
R ²	0,69	0,63	0,77	0,281	0,764	0,762	0,770	0,725
adj. R ²	0,53	0,44	0,65	-0,09	0,641	0,639	0,651	0,583
Hausman OLS zu 2SLS	m-Statistik (DF = 67): 3,89; Prob. = 1				m-Statistik (DF = 67): 3,070 ; Prob. = 1			

Eigene Berechnungen; in Klammern sind jeweils die einfachen Standardfehler angegeben;
Signifikanzniveaus: * < 0,1; ** < 0,05; *** < 0,01;

4.4. Zusammenfassende Interpretation und Schlussfolgerungen

Insgesamt sind die Modellergebnisse für die getrennten und simultanen Schätzungen zufrieden stellend. Die Modellgüte ist mit Einschränkung des Modells II und der Verwendung der traditionellen Standardfehler der simultanen Schätzungen gewährleistet. Bei den geschätzten Parametern fällt die Schwäche zweier Variablenmengen auf. Die Produktivitäten sind alles in allem erstaunlich wenig aussagefähig. Dies dürfte zum einen an der Konstruktion selbst liegen – so werden hier einerseits Faktoren wie Teilzeit überhaupt nicht integriert – andererseits liegt dies auch in der Heterogenität der einzelnen Sektoren begründet. Der zweiten Interpretation zufolge ist der Sektor der unternehmensnahen Dienstleistungen wesentlich homogener als derjenige der personen- und konsumnahen Dienstleistungen. Das ist aufgrund der Zusammensetzung nachvollziehbar. Der öffentliche Sektor scheint im betrachteten Zeitraum hingegen kaum von Produktivitätsentwicklungen getrieben worden zu sein. Aber auch hier ist die Spannweite an unterschiedlichen Tätigkeiten genügend groß, um diesen Sektor als heterogen zu bezeichnen. Eine andere Interpretation der Schwäche dieser Variablen ist, dass die Kritik von Appelbaum und Schettkat (1994) an der zeitlichen Konstanz der Elastizitäten gerechtfertigt ist.

Die interpretierbaren Ergebnisse in Bezug auf die Produktivitäten zeigen, dass das Modell des unausgeglichene Wachstums von Baumol längst nicht so starken Einfluss hat wie in anderen empirischen Studien, die auf ältere Zeitreihen zurückgreifen (Fuchs 1968; Summers 1985; Grömling/ Lichtblau/ Weber 1998). Im Gegensatz zu früheren Studien scheint der Preiseffekt eindeutig den Einkommenseffekt zu dominieren, sodass der Gesamteffekt negativ bleibt. Die 70er und 80er Jahren waren für die Gesamtheit der untersuchten Länder nicht dadurch gekennzeichnet, dass ein wertmäßig langsam wachsender Dienstleistungssektor generell zum Auffangbecken der „Industriereservisten“ wurde. Gerade die Produktivitätsfortschritte in einigen Teilbereichen des unternehmensnahen Dienstleistungssektors waren markant (Blaumol/ Blackman/ Wolff 1989: 127).

Die zweite Gruppe von Problemvariablen waren diejenigen der Lohn- und Einkommensspreizung. Auch hier dürften gerade Mess- und Konstruktionsfehler entscheidend gewesen sein. So zeigt sich beispielsweise, dass der intersektorale Lohnspreizungsindex auf höherer Aggregationsebene (alle privaten Dienste) gerade noch signifikant ist, für die einzelnen privaten Sektoren (personen- bzw. unternehmensnah) hingegen nicht mehr. Der Index scheint daher zu „grob“ für detaillierte Analysen zu sein. Immerhin ergibt sich das erwartete Ergebnis für die Gesamtheit privater Dienstleistungen: Höhere Lohnspreizung führt zu höherer Beschäftigung. Da die privaten Dienstleistungen sehr preiselastisch sind, müsste sich eine Absenkung der Mindestproduktivitätsschwelle im Durchschnitt, d.h. über die Zeit und die Länder hinweg, positiv auf die Beschäftigung auswirken.

Die kontinuierlichsten Determinanten für die Dienstleistungsbeschäftigung sind sozioökonomischer Natur. Ein Anstieg der Erwerbsneigung führt ebenso wie Wirt-

schaftswachstum zu einer Zunahme neuer Jobs, die sich vornehmlich im Dienstleistungssektor befinden. Das ist zunächst wenig erstaunlich, zeigt jedoch bedeutsame Konsequenzen auf. Wohlfahrtsstaaten, welche Politiken betreiben, die de facto auf eine Verringerung oder Stagnation der Erwerbsneigung setzen, erfahren geringere Zuwächse im Dienstleistungssektor. Letztlich zählt auch hier die Kausalität. So zeigen Instrumentenschätzungen, dass weibliche Erwerbsneigung das Wachstum im Dienstleistungssektor maßgeblich vorangetrieben hat. Das Wirtschaftswachstum wirkt eindeutig prozyklisch auf die Dynamik der privaten Dienstleistungsbeschäftigung. Das gilt aber auch für den öffentlichen Sektor. Öffentliche Beschäftigung wird demzufolge verstärkt in prosperierenden Phasen erzeugt und dient weniger als Auffangbecken für Krisenzeiten (Cusack 1989). Die Parameter des international vergleichbaren Pro-Kopf-Einkommens schließlich, widerlegen ebenfalls einen einfachen Zusammenhang zwischen größerem gesellschaftlichen Wohlstand und der Nachfrage nach Dienstleistungen.

Übersicht 4: Die Beziehung zwischen unterschiedlichen Dienstleistungssektoren

unabhängige Variable (von)		abhängige Variable (nach)			
		private	öffentliche	personen-nahe	unternehmens-nahe
Variable (von)	private	x	substitutiv (?)	x	x
	öffentliche	substitutiv?	x	(?)	schwach substitutiv (?)
	personennahe	x	stark substitutiv	x	schwach interaktiv
	unternehmensnahe	x	stark substitutiv	interaktiv	x

Anmerkung: Ergebnisse für die endogenen Variablen aus Tabellen 4 und 5, (?) = nicht signifikant., x = nicht gemessen

Die Beziehungen zwischen den einzelnen Dienstleistungssektoren werden in Übersicht 4 zusammengefasst. Der einzig gut messbare positive *spill-over* eines Dienstleistungsbereichs in einen anderen ist derjenige von unternehmensnahen zu personennahen Diensten. Ob öffentliche Dienstleistungen private verdrängen, geht nicht eindeutig hervor. Bleibt jedoch die öffentliche Beschäftigung konstant, oder sinkt sie sogar, geht dies mit einem relativ starken Anstieg von personen- und unternehmensnahen Diensten einher.

Die Staatsvariablen reagieren wie vorhergesagt. Die öffentliche Beschäftigung hängt gerade kurzfristig stark von der Höhe des Staatsverbrauchs ab. Die unternehmensnahen Dienstleistungen reagieren auch auf lange Sicht kritisch auf die Höhe staatlicher Transfers. Dies bestätigt ansatzweise die in einigen Ländern vom Unternehmenssektor geforderte Senkung der Lohnnebenkosten. Nicht vorhergesagt wurde indes, dass die Beschäftigung aller privaten Dienstleistungen positiv mit dem Staatsverbrauch assoziiert ist. Eine Interpretation hierfür wäre, dass sich in diesem Fall um eine Folge der „neuen Wachstumstheorie“ handelt: Investitionen in öffentli-

che Infrastruktur verschiedenster Art sind ein wichtiger Wachstumsfaktor und können sich auch in höherer privater Beschäftigung niederschlagen.

Das Abschneiden der genuin politischen Variablen ist ambivalent. Der Garrett-Index weist auf die Präferenz der *combined left* für die Erzeugung öffentlicher Beschäftigung hin. Zumindest für die getrennten Schätzungen ist dieser Index aber auch positiv mit den personen- und unternehmensnahen Dienstleistungssektoren assoziiert. Eine effiziente Kooperation im Fall der sozialdemokratischen Hegemonie ist daher bedingt nachweisbar.

Der Zentralisierungsindex der Lohnverhandlungen zeigt ebenfalls ein ambivalentes Bild. Konsistent mit den Vorhersagen sind die Ergebnisse für den einfachen Iversen-Index nur teilweise. Sie folgen für die privaten Dienste dem gewohnten Bild. Gerade zentralisierte Systeme weisen Schwierigkeiten in der Förderung des Dienstleistungssektors auf. Das gilt auch für den (einzigen) Fall, bei dem die Lohnspreizungsvariable signifikant ist. Dies deutet an, dass es außer der Lohnkompression noch andere Ursachen für den beobachteten Zusammenhang gibt. Die bereits angedeutete Hypothese hierzu ist, dass die politische Repräsentation nicht oder nicht schnell genug mit der Deindustrialisierung Schritthalten kann. Dort, wo der Arbeitsmarkt (semi-)zentralistisch organisiert ist, gelingt es Dienstleistungssektoren nur schwer, in das Institutionensystem einzudringen, um eigene Interessen zu vertreten. Auf der Habenseite zentralisierter Systeme steht jedoch die Förderung der öffentlichen Beschäftigung sowie möglicherweise auch der unternehmensnahen Dienstleistungen, also den „Sprösslingen“ der Politik eines industrialisierten Wohlfahrtsstaates. Eine Dominanz von Industrieinteressen in der gewerkschaftlichen Organisation ist nur teilweise für die Entwicklung der privaten Dienstleistungen entscheidend. Dies gilt v. a. für den Bereich der personennahen Dienstleistungen, die allgemein in dem Verdacht stehen, gewerkschaftlich schwer zu organisieren sind. Insgesamt sind die Ergebnisse für den modifizierten Iversen-Index jedoch unzureichend. Für dessen Schwäche können zwei Quellen von Ursachen herangezogen werden: solche der Operationalisierung und solche der theoretischen Vorarbeit. Die Konstruktion eines Indikators erweist sich als äußerst schwierig. Zudem ist die Validität des Ausgangsindikators von Iversen für den hier unterstellten Zusammenhang fragwürdig.

Eine Betrachtung der Länder-*dummies* legt nahe, dass die verbliebene nationale Variation zu einem guten Teil den unterschiedlichen Ausgangspositionen der Länder geschuldet ist. Iversen und Cusack (1998: 21) weisen darauf hin, dass sich die Höhe des Beschäftigungszuwachses reziprok zur Höhe des Beschäftigungsanteils des willkürlich gewählten Startjahres 1962 verhält. In den hier geschätzten Modellen sind die Koeffizienten vor den *dummies* derjenigen Länder signifikant negativ, die immer schon einen relativ niedrigen Anteil von Industriebeschäftigten aufwiesen. Es scheint daher nichts auf schnelle Konvergenz der Dienstleistungsgesellschaften hinzuweisen.

5. Fazit: Wohlfahrtsstaatliche Steuerung der Dienstleistungsgesellschaft?

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich die Vorhersagen von Scharpf im Wesentlichen empirisch erhärten lassen. Unterschiedliche wohlfahrtsstaatliche Strategien, die sich gerade in der Entscheidung zwischen öffentlichen Sozialtransfers und öffentlichem Konsum widerspiegeln, beeinflussen die Variation der Dienstleistungssektoren über Länder hinweg in großem Maße. Zumindest ansatzweise gilt dies auch für die hier postulierte politische Organisationskraft von Industrie- und Dienstleistungssektoren. Allerdings wird gerade in diesem Fall deutlich, dass die Datenlage im internationalen Vergleich, wie auch die theoretische Fundierung noch viele Fragen offen lässt.

Zudem wurde durch die Analysen deutlich, dass das Trilemma der Dienstleistungsökonomien, wie es von Iversen und Wren (1998) postuliert wurde, einer wichtigen Modifikation bedarf. Laut Iversen und Wren sind alle drei verschiedenen Wohlfahrtsregime durch jeweils ein Grundübel gekennzeichnet. Neoliberale Regime müssen demzufolge auf die Bekämpfung sozialer Ungleichheit verzichten, konservative Regime auf das Beschäftigungswachstum im Dienstleistungssektor und sozialdemokratische auf ausgeglichene Staatshaushalte. Alle drei Ziele gleichzeitig zu erreichen scheint dabei unmöglich. Kontinentaleuropäische Länder leiden jedoch nicht nur unter geringer Beschäftigung namentlich im Dienstleistungssektor. Durch die Art, wie der finanzielle Spielraum eingesetzt wird, kann auch angedeutet werden, warum diese Länder langfristig zudem ein Finanzierungsproblem haben. Die Transferintensität dieser Wohlfahrtsstaaten führt letztlich dazu, dass die privaten Haushalte über Beschäftigung und Konsum entscheiden. Der Staat verteilt zwar um, aber ohne den Endzweck zu kontrollieren. Gemessen an der Beschäftigungsperformanz scheinen solche staatlichen Ausgaben weniger effizient als eigentlicher Staatsverbrauch.

Durch andere gesellschaftliche Trends wie beispielsweise dem demographischen Wandel werden diese Probleme zudem noch verstärkt. Dies zeigte sich besonders in der Rolle weiblicher Erwerbsneigung, die ihrerseits von sozialstaatlichen Regelungen abhängt. Mangelhafte Beschäftigungsexpansion ist daher immer ein Angebots- wie auch Nachfrageproblem. Politiken, die sich nur mit einer Seite dieses Problems beschäftigen, werden daher notwendigerweise zu kurz greifen.

Die Transferintensität von Wohlfahrtsstaaten hängt, so konnte gezeigt werden, gerade auch von (partei-) politischen Variablen ab. Dies bedeutet, dass politisch bestimmte Institutionsentwicklungen zu stark unterschiedlichen Ergebnissen führen. Der Effekt nimmt jedoch ab, wenn man die simultanen Ergebnisse berücksichtigt. Daher muss offen bleiben, ob neoliberale und sozialdemokratische Strategien tatsächlich eine „funktionale Äquivalenz“ bezüglich der Dienstleistungsbeschäftigung aufweisen. Immerhin deuten die Verdrängungseffekte zwischen öffentlichen und pri-

vaten Dienstleistungsjobs darauf hin, dass es sich um einander ausschließende Strategien handelt, die den Erfolg von „Mittelwegen“ zu erschweren scheinen.

Abschließend stellt sich die Frage, ob das „kontinentaleuropäische Dilemma“ (Scharpf 1997a) impliziert, nach Lösungswegen für ein Pfadwechsel weg vom passiven Transferstaat und von der Dominanz industrieller Interessen zu suchen. In diesem Zusammenhang bieten sich auf der Arbeitsangebotsseite Politiken an, die den Faktor Arbeit entlasten, also v. a. die Reduktion von Steuern- und Sozialabgaben auf Erwerbseinkommen (Kemmerling 2002). Wie bereits angedeutet sind solche Politiken möglicherweise aber nur notwendig und nicht hinreichend für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Zudem ist eine solche Strategie politisch wie ökonomisch sehr kostspielig und wird daher allenfalls auf lange Sicht erfolgreich sein. Kurzfristig müssen Lösungen wohl auch im Bereich einer Neuregelung des Niedriglohnssektors in diesen Ländern gesucht werden.

Anhang: Das Baumol-Modell der Dienstleistungsbeschäftigung

Baumol präsentierte 1967 ein einfaches Zwei-Sektoren-Modell, das geeignet ist, einige der Wachstumsdeterminanten in ein numerisches Verhältnis zu setzen. Dazu soll eine Version des Modells (Inman 1985: Anhang) geringfügig verändert werden.

In diesem Modell gibt es zwei Sektoren: Dienstleistungen (s) und Industriegüter (m). Die Wachstumsraten der Arbeitsproduktivitäten werden mit r_m und r_s bezeichnet. Zudem ist α die Einkommenselastizität, β die Preiselastizität und Δ sind exogene *shifts* der Nachfrage. Das Wachstum des Anteils l_s der Dienstleistungsbeschäftigten an der Gesamtbeschäftigung ergibt sich nach Inman (1985: 19) als

$$dl_s / dt = (\alpha - 1)r_m + \Delta + (r_m - r_s)(1 + \beta) \quad (\text{A.GL.1}).$$

Um von dem Term auf der linken Seite (dl_s/dt) zur interessierenden abhängigen Variable Dienstleistungsbeschäftigung als Relation zur erwerbsfähigen Bevölkerung zu kommen, wird folgende algebraische Näherung angewandt:

$$dl_s/dt \approx \ln(l_s)_t - \ln(l_s)_{t-1} \approx \Delta_t \ln(l_s) \quad (\text{A.GL.2})$$

Zudem kann l_s in zwei Komponenten zerlegt werden:

$$l_s = \frac{L_s}{L} = \frac{L_s/P}{L/P} \quad (\text{A.GL.3}),$$

mit L_s als absoluter Beschäftigung im Dienstleistungssektor, L als Gesamtbeschäftigung ($L = L_s + L_m$) und P als erwerbsfähiger Bevölkerung. Somit steht im Zähler die in dieser Arbeit interessierende Variable (L_s/P) und im Nenner die klassische Erwerbsquote (L/P).

Jetzt kann $\Delta_t \ln(l_s)$ aus (GL.2) umgeformt werden in

$$\Delta_t \ln(l_s) = \Delta_t \ln\left(\frac{L_s/P}{L/P}\right) = \Delta_t \ln(L_s/P) - \Delta_t \ln(L/P) \quad (\text{A.GL.4})$$

Dies in (GL.1) eingesetzt und $\Delta_t \ln(L/P)$ auf die rechte Seite gebracht liefert dann:

$$\Delta_t \ln(L_s/P) = (\alpha - 1)r_m + \Delta + (r_m - r_s)(1 + \beta) + \Delta_t \ln(L/P) \quad (\text{A.GL.5})$$

Damit weist das Modell die gewünschte Form auf. Das Wachstum der Dienstleistungsbeschäftigung ist also in dieser Version des Baumol-Modells von folgenden Determinanten abhängig: (1) einer Einkommenselastizität $\alpha > 1$, in Kombination mit hohem Produktivitätswachstum im Industriesektor r_m : Ein hohes Produktivitätswachstum im Industriesektor führt zu steigendem Pro-Kopf-Einkommen und damit auch zu einem höheren Pro-Kopf-Konsum von Dienstleistungen; (2) exogenen *shifts* der Nachfrage Δ : dies dient als Platzhalter, um andere ökonomische und politik-

institutionelle Variablen einführen zu können; (3) einer steigenden Erwerbsquote (L/P): Dieser Zusammenhang beruht auf der oben eingeführten Identitätsbeziehung (A.GL.3); (4) einer Preiselastizität $\beta > -1$, in Kombination mit höherem Produktivitätswachstum im Industriesektor als im Dienstleistungssektor: Hier spielt die relative Preisentwicklung die entscheidende Rolle (Inman 1985: 18).

Dieses Modell weist jedoch eine Reihe von einschränkenden Annahmen auf, die kritisch hinterfragt werden können. Erstens wird ein Arbeitsmarkt unterstellt, der dem vollkommenen Wettbewerb ausgesetzt ist. Weder unvollkommene Markträumung (Arbeitslosigkeit) noch fragmentierte Arbeitsmärkte werden einbezogen. Daher müssen die Löhne im Dienstleistungssektor automatisch mit denen des Industriesektors steigen oder sinken (Tronti/ Sestini/ Toma 2000: 75). Zweitens wird der Einsatz des Faktors Kapital konstant gehalten. Daher ergeben sich die relativen Preise von Gütern und Dienstleistungen direkt aufgrund der unterschiedlichen Einsatzmengen des Faktors Arbeit. In empirischen Studien wird diese Annahme häufig dadurch gelockert, dass der Kapitalstock berücksichtigt wird. Drittens wird nur ein einziger Markt für Güter und Dienstleistungen unterstellt. In der Realität liegen auch hier allenfalls unvollkommene Substitute vor. Daher sind Veränderungen in der Nachfrage aufgrund von relativen Preisänderungen nicht immer möglich. Gerade hier ist aber die Kritik von Appelbaum/ Schettkat (1994) sehr relevant. Bei fallenden relativen Preisen (p_m/p_s) fehlt dem Modell Baumols die Erklärung, warum Dienstleistungen nicht stärker vom Markt verschwinden. Dies kann nur durch steigende Einkommenselastizität und niedrige Preiselastizität im Dienstleistungssektor aufgehoben werden. Wie preiselastisch also die Nachfrage nach Dienstleistungen ist, lässt sich letztlich nur empirisch beantworten. Viertens gilt das Baumol-Modell zunächst nur für den Fall einer geschlossenen Ökonomie. Somit werden weder Produktivitätsimpulse durch internationalen Wettbewerb noch die *spill-overs* der Löhne des exponierten auf den geschützten Sektor berücksichtigt (Tronti/ Sestini/ Toma 2000: 72). Schließlich ist der Zusammenhang zwischen Erwerbsneigung und Dienstleistungsbeschäftigung unternkomplex. Mit steigender Erwerbsneigung kann auch das Pro-Kopf-Einkommen (Tronti/ Sestini/ Toma 2000: 71) steigen.

Literaturverzeichnis

- Adema, Willem (1999): Net Social Expenditure, OECD Labour Market and Social Policy – Occasional Papers No. 39
- Albach, Horst (1989): Dienstleistungen in der modernen Industriegesellschaft, München (Beck).
- Alber, Jens (1998): Der deutsche Sozialstaat im Licht international vergleichender Daten, in: Leviathan, 26. Jg., H. 2, S. 199-227
- Anxo, Dominique/ Storrie, Donald (2000): Executive Summary: Conclusions and Policy Recommendations, in: Anxo, Dominique/ Storrie, Donald (Hrsg.): The Job Creation Potential of the Service Sector in Europe, Final Draft Report 2000, S. 7-21
- Appelbaum, Eileen/ Schettkat, Ronald (1994): The End of Full Employment? On Economic Development in Industrialized Countries, in: Intereconomics, 74. Jg., H. 3, S. 122-130
- Atkinson, A. B./ Mogensen, Gunnar Viby (1993, Hrsg.): Welfare and Work Incentives. A North European Perspective, Oxford (Clarendon Press)
- Backhaus, Klaus/ Erichson, Bernd/ Plinke, Wulff/ Weiber, Rolf (1997): Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung, Berlin et al.(Springer), 7. Aufl.
- Baumol, William J. (1967): Macroeconomics of Unbalanced Growth: The Anatomy of Urban Crisis, in: American Economic Review, 57. Jg., S.416-426
- Baumol, William J./ Blackman, Sue A. B./ Wolff, Edward N. (1989): Productivity and American Leadership. The Long View, Cambridge (Mass.)/ London (MIT Press)
- Beck, Nathaniel/ Katz, Jonathan N. (1995): What to Do (and Not to Do) with Time-Series Cross-Section Data, in: American Political Science Review, 89. Jg., S. 634-647
- Beck, Nathaniel/ Katz, Jonathan N. (1996): Nuisance vs. Substance: Specifying and Estimating Time-Series Cross-Section Models, in: Political Analysis, Jg. 6, H. 1, S. 1-36
- Bell, Daniel (1975): Die nachindustrielle Gesellschaft, Frankfurt a. M. (Campus)
- Bellmann, Lutz/ Jackman, Richard (1996): Aggregate Impact Analysis, in : Schmidt, Günther/ Reilly, Jaqueline O'/ Schömann, Klaus (Hrsg.): International Handbook of Labour Market Policy and Evaluation, Cheltham (Edward Elgar), S. 143-163
- Braun, Dietmar (1999): Theorien rationalen Handelns in der Politikwissenschaft. Eine kritische Einführung, Opladen (Leske+Budrich)
- Calmfors, Lars/ Driffill, John (1988): Bargaining structure, corporatism, and macroeconomic performance, in: Economic Policy, 6. Jg., April, S. 13-47
- Cornetz, Wolfgang/ Schäfer, Holger (1998): Hat Deutschland den Dienstleistungsrückstand gegenüber den USA aufgeholt? In: HWWA Wirtschaftsdienst, 78. Jg., H. 7, S. 418-425
- Cusack, T.R. (1997): Partisan Politics and Fiscal Policy, WZB discussion papers FS I 97-306
- Cusack, T.R./ Notermans, T./ Rein, M. (1989): Political-economic aspects of public employment, in: European Journal of Political Research, 17. Jg., H. 4, S. 471 - 500
- Dathe, Dietmar/ Schmid, Günther (2000): Determinants of Business and Personal Services: Evidence from the German Regions, in: Anxo, Dominique/ Storrie, Donald (Hrsg.): The Job Creation Potential of the Service Sector in Europe, Final Draft Report 2000, S. 183-253

- DIW (1998a): Das Dienstleistungs-Puzzle. Ein aktualisierter deutsch-amerikanischer Vergleich, in: DIW Wochenbericht, 65. Jg., H. 35, S. 625-629
- DIW (1998b): Beschäftigungswachstum in den USA - ein erklärbares Wunder In: DIW Wochenbericht, 65. Jg., H. 9, S. 173-180
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge (Polity Press)
- Esping-Andersen, Gøsta (1991): Three Postindustrial Employment Regimes, in: Kolberg, Jon Eivind (Hrsg.): *The Welfare State as Employer*, New York/ London (M.E. Sharpe), S. 149-188
- Fourastié, Jean (1969): *Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts*, Köln (Bund-Verlag), 2. Aufl.
- Freeman, Richard B. (1988): Labor Market Institutions and Economic Performance, in: *Economic Policy*, 6. Jg., April, S. 63-80
- Freeman, Richard B. (1995): Are Your Wages Set in Beijing?, in: *Journal of Economic Perspectives*, 11. Jg., H. 3, S. 15-32
- Fuchs, Victor R. (1968): *The Service Economy*, New York/ London (NBER General Series No. 87).
- Garrett, Geoffrey (1998): *Partisan Politics in the Global Economy*, Cambridge (Cambridge University Press)
- Garrett, Geoffrey/ Way, Christopher (1995): The Sectoral Composition of Trade Unions, Corporatism, and Economic Performance, in: Eichengreen, Barry/ Frieden, Jeffrey/ Hagen, Jürgen v. (Hrsg.): *Monetary and Fiscal Policy in an Integrated Europe*, Berlin et al. (Springer), S. 38-61
- Gershuny, Jonathan I./ Miles, I. D. (1984): *The New Service Economy. The Transformation of Employment in Industrial Societies*, London (Frances Pinter)
- Greene, W.H. (1993): *Econometric Analysis*, New York (MacMillan), 2. Aufl.
- Gries, Thomas/ Birk, Angela (1999): Die amerikanische Dienstleistungsgesellschaft - ein Modell für Deutschland?, in: *HWWA Wirtschaftsdienst*, 79. Jg., H. 5, S. 300-306
- Grömling, Michael/ Lichtblau, Karl/ Weber, Alexander (1998): *Industrie und Dienstleistungen im Zeitalter der Globalisierung*, Köln (Dt. Instituts-Verlag)
- Häußermann, Hartmut/ Siebel, Walter (1995): *Dienstleistungsgesellschaften*, Frankfurt a.M. (Suhrkamp)
- Huber, Evelyne/ Ragin, Charles/ Stephens, John D. (1993): Social Democracy, Christian Democracy, Constitutional Structure, and the Welfare State, in: *American Journal of Sociology*, 99. Jg., H. 3, S. 711-749
- Inman, Robert P. (1985): Introduction and overview, in: Inman, Robert P. (Hrsg.): *Managing the Service Economy Prospects and Problems* Cambridge, London, New York u.a. (Cambridge University Press), S. 1-24
- Iversen, Torben/ Cusack, Thomas R. (1998): The Causes of Welfare State Expansion: Deindustrialization or Globalization?, *WZB discussion papers FS I 98-304*
- Iversen, Torben/ Wren, Anne (1998): Equality, Employment, and Budgetary Restraint. The Trilemma of the Service Economy, in: *World Politics*, 50. Jg., July, S. 507-546
- Janoski, Thomas/ Hicks, Alexander M. (1994): Methodological innovations in comparative political economy: An introduction, in: Janoski, Thomas/ Hicks, Alexander M. (Hrsg.): *The Comparative*

- Political Economy of the Welfare State Cambridge/ New York (Cambridge University Press), S. 1-34
- Kemmerling, Achim. 2002. "The Employment Effects of Different Regimes of Welfare State Taxation. An Empirical Analysis of 18 OECD countries." MPIfG Discussion Paper, No. 02/8
- Kendrick, John W. (1985): Measurement of output and productivity in the service sector, in: Inman, Robert P. (Hrsg.): Managing the Service Economy Prospects and Problems Cambridge u.a. (Cambridge University Press), S. 111-123
- Kersbergen, Kees van (1995): Social Capitalism. A study of Christian democracy and the welfare state, London/ New York (Routledge)
- Korpi, Walter/ Palme, Joakim (1998): The Paradox of Redistribution and Strategies of Equality: Welfare State Institutions, Inequality, and Poverty in the Western Countries, in: American Sociological Review, 63. Jg., Oktober, S. 661-687
- Lehmbruch, Gerhard (1984): Concertation and the Structure of Corporatist Networks, in: Goldthorpe, H. (Hrsg.): Order and Conflict in Contemporary Capitalism, Oxford, S. 60-80
- Lichtblau, Karl (1998): Beschäftigungsentwicklung, Strukturwandel und Qualifikationsprofil des Humankapitals, in: IW-Trends, 25. Jg., H. 2, S. 15-31
- Littek, Wolfgang/ Heisig, Ulrich/ Gondek, Hans-Dieter (1991): Einführung in: diesselben (Hrsg.): Dienstleistungsarbeit. Strukturveränderungen, Beschäftigungsbedingungen und Interessenlagen, Berlin (Edition Sigma)
- Nickell, Stephen (1997): Unemployment & Labor Market Rigidities: Europe vs. North America, in: Journal of Economic Perspectives, 11. Jg., H. 3, S. 55-74
- OECD (1993): Employment Outlook 1993, Chapter 5: Earnings Inequality: Changes in the 1980s, Paris, S.157-184
- OECD (1996): Employment Outlook 1996, Chapter 3: Earnings Inequality, low-paid employment and earnings mobility, Paris, S. 59-110
- OECD (1997a): Employment Outlook 1997, Chapter 4: Trade, earnings and employment: assessing the impact of trade with emerging economies on OECD labour markets, Paris, S. 93-128
- OECD (1997b): Employment Outlook 1997, Chapter 3: Economic performance and the structure of collective bargaining, Paris, S. 63-92
- Olson, Mancur (1982): The rise and decline of nations, New Haven/ London (Yale University Press)
- Pontusson, Jonas/ Rueda, David/ Way, Christopher (1999): The Role of Political Institutional Variables in the Making of Gendered Patterns of Wage Inequality: A Comparative Analysis of OECD Countries, Working Paper Cornell University, Department of Government
- Reissert, Bernd/ Schmid, Günther/ Jahn, Susanne (1989): Mehr Arbeitsplätze durch Dienstleistungen? Ein Vergleich der Beschäftigungsentwicklung in den Ballungsregionen der Bundesrepublik Deutschland, WZB discussion papers FS I 89-14
- Rowthorn, R.E./ Wells J.R. (1988): De-Industrialization and Foreign Trade, Cambridge (Cambridge University Press)
- Rowthorn, R.E./ Ramaswamy, Ramana (1997): Deindustrialization: Causes and Implications, IMF Working Papers No. WP/97/42

- Rowthorn, R.E./ Ramaswamy, Ramana (1998): Growth, Trade, and Deindustrialization, IMF Working Papers No. WP/98/60
- Saint-Paul, Gilles (1996): Exploring the Political Economy of Labour Market Institutions In: Economic Policy, 23. Jg., S. 263-316
- Scharpf, Fritz W. (1986): Struktur der post-industriellen Gesellschaft. Verschwindet die Massenarbeitslosigkeit in der Dienstleistungs- und Informations-Ökonomie?, in: Soziale Welt, 37. Jg., S. 3-24
- Scharpf, Fritz W. (1987): Sozial-demokratische Krisenpolitik in Europa, Frankfurt a.M./ New York (Campus).
- Scharpf, Fritz W. (1997a): Employment and the Welfare State: A Continental Dilemma, MPIfG Working Papers 97/7
- Scharpf, Fritz W. (1997b): Konsequenzen der Globalisierung für die nationale Politik In: Politik und Gesellschaft. International Politics and Society, H. 2, S. 184-192
- Scharpf, Fritz W. (1999): The Viability of Advanced Welfare States in the International Economy: Vulnerabilities and Options, MPIfG Working Paper 99/9
- Schettkat, Roland (1998): Arbeitsmarktinstitutionen und Beschäftigung bei unterschiedlichen Wachstumsregimen, in: Lessenich, Stephan/ Ostner, Ilona (Hrsg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive, Frankfurt a. M. (Campus), S.201-223
- Schmidt, Manfred (1998): Sozialpolitik, Opladen (Leske+Budrich), 2. Aufl.
- Sesselmeier, Werner/ Blauermel, Gregor (1990): Arbeitsmarkttheorien. Ein Überblick, Heidelberg (Phyisca-Verlag)
- Soskice, David (1990): Wage Determination: The Changing Role of Institutions in Advanced Industrialized Countries, in: Oxford Review of Economic Policy, 6. Jg., H. 4, S. 36-61
- Soskice, David (1999): Divergent Production Regimes: Coordinated and Uncoordinated Market Economies in the 1980s and 1990s, in: Kitschelt, Herbert et al. (Hrsg.): Continuity and Change in Contemporary Capitalism, Cambridge (Cambridge University Press), S. 101-134
- Summers, Robert (1985): Services in the international economy, in: Inman, Robert P. (Hrsg.): Managing the Service Economy Prospects and Problems Cambridge, London, New York u.a. (Cambridge University Press), S. 27-48
- Tronti, Leonelli/ Sestini, Roberta/ Toma, Andrea (2000): Unbalanced Growth and Employment in the Services, in: Anxo, Dominique/ Storrie, Donald (Hrsg.): The Job Creation Potential of the Service Sector in Europe, Final Draft Report 2000, S. 59-82
- Wallerstein, Michael (1999): Wage-Setting Institutions and Pay Inequality in Advanced Industrial Societies, in: American Journal of Political Science, 43. Jg., H. 3, S. 649-680
- Wallerstein, Michael/ Golden, Miriam/ Lange, Peter (1997): Unions, Employers' Associations, and Wage-Setting Institutions in Northern and Central Europe, 1950-1992, in: Industrial and Labor Relations Review, 50. Jg., H. 3, S. 379-398
- Wood, Adrian (1994): North-South Trade, Employment and Inequality Changing Fortunes in a Skill-Driven World, Oxford (Clarendon Press)

Datenquellen

STACOMP 99-2: OECD Statistic Compendium (CD-Rom), Version 99-2.

Stephen et al. 1993, update: (Comparative Welfare State Data Set),

<http://lissy.ceps.lu/welf.zip>, 9. Dezember 1999

Cusack 1989, update: www.wz-berlin.de/~tom/zips/pubem.zip, 6. Dezember 1999

Cusack 1991, update: www.wz-berlin.de/~tom/zips/ggex.zip, 6. Dezember 1999

Iversen 1998, update: <http://www.people.fas.harvard.edu/~iversen/centralization.htm>,

15. Dezember 1999

Garrett 1998: <http://pantheon.yale.edu/~gmg8/home.html>, 15. Dezember 1999

Keman et al. 1997: vgl. Literaturliste, Daten: nias.sav, methstat.sav

Bücher

der Abteilung

„Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung“

(nur im Buchhandel erhältlich)

Dietmar Dathe, Günther Schmid
Urbane Beschäftigungsdynamik. Berlin im Standortvergleich mit Ballungsregionen
2001
Berlin, edition sigma
175 S.

Werner Eichhorst, Stefan Profit, Eric Thode
in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe
„Benchmarking“ des „Bündnis für Arbeit, Aus-
bildung und Wettbewerbsfähigkeit“: Gerhard
Fels, Rolf G. Heinze, Heide Pfarr, Günther
Schmid, Wolfgang Streeck
**Benchmarking Deutschland: Arbeitsmarkt
und Beschäftigung. Bericht der Arbeits-
gruppe Benchmarking und der Bertels-
mann-Stiftung**
2001
Berlin/Heidelberg/New York, Springer
440 S.

European Academy of the Urban Environment
**New institutional arrangements in the la-
bour market. Transitional labour markets as
a new full employment concept**
1998
Berlin, EA.UE series „The Urban Environment
in Europe“
135 S.

Jürgen Gabriel, Michael Neugart (Hg.)
**Ökonomie als Grundlage politischer Ent-
scheidungen**
2001
Opladen, Leske + Budrich
343 S.

Silke Gülker, Christoph Hilbert,
Klaus Schömann
**Lernen von den Nachbarn. Qualifikations-
bedarf in Ländern der OECD**
2000
Bielefeld, W. Bertelsmann Verlag
126 S.

Markus Gangl
**Unemployment Dynamics in the United
States and West Germany. Economic Re-
structuring, Institutions and Labor Market
Processes**
2003
Heidelberg, New York: Physica/ Springer
300 S.

Max Kaase, Günther Schmid
**Eine lernende Demokratie - 50 Jahre Bun-
desrepublik Deutschland**
WZB-Jahrbuch 1999
1999
Berlin, edition sigma
586 S.

Jaap de Koning and Hugh Mosley (Eds.)
**Labour Market Policy and Unemployment:
Impact and Process Evaluations in Selected
European Countries**
2001
Cheltenham, UK, Edward Elgar
317 S.

Hugh Mosley, Jacqueline O'Reilly,
Klaus Schömann (Eds.)
**Labour Markets, Gender and Institutional
Change. Essays in Honour of Günther
Schmid**
2002
Cheltenham, UK, Edward Elgar
382 S.

Mosley, Hugh, Holger Schütz, Günther Schmid
unter Mitarbeit von Kai-Uwe Müller
**Effizienz der Arbeitsämter: Leistungsver-
gleich und Reformpraxis, Bd. 21 der Reihe
Modernisierung des öffentlichen Sektors**
2003
Berlin, edition sigma
179 S.

Michael Neugart, Klaus Schömann (Hg)
Forecasting Labour Markets in OECD Countries. Measuring and Tackling Mismatches
2002
Cheltenham, UK, Edward Elgar
322 S.

Jacqueline O'Reilly, Colette Fagan (Eds.)
Part-Time Prospects. An International Comparison
1998
London/New York, Routledge
304 S.

Jacqueline O'Reilly, Inmaculada Cebrián and Michel Lallemand (Eds.)
Working-Time Changes: Social Integration Through Transitional Labour Markets
2000
Cheltenham, UK, Edward Elgar
369 S.

O'Reilly, Jacqueline (Ed.)
Regulating Working-Time Transitions in Europe
2003
Cheltenham, UK, Edward Elgar
325 S.

Heidi Oschmiansky, Günther Schmid und Bettina Uhrig unter Mitarbeit von Thomas Heitmann
Qualifikation und Beschäftigung. Jobrotation als Instrument der Weiterbildung und Integration von Arbeitslosen
2001
Bonn, Friedrich-Ebert-Stiftung, Schriftenreihe der Abteilung „Arbeit und Sozialpolitik“
83 S.

Birgitta Rabe
Implementation von Arbeitsmarktpolitik durch Verhandlungen. Eine spieltheoretische Analyse
2000
Berlin, edition sigma
254 S.

Ramge, Stefan, Günther Schmid (Hrsg.)
Management of Change in der Politik? Reformstrategien am Beispiel der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik
Ein Werkstattbericht, Gesellschaft für Programmforschung, GfP (Hrg.), Bd. 55 der Reihe ‚Schnittpunkte von Forschung und Politik‘,
2003
New York, München, Berlin: Waxmann
165 S.

Günther Schmid, Jacqueline O'Reilly, Klaus Schömann (Eds.)
International Handbook of Labour Market Policy and Evaluation
1996
Cheltenham, UK, Edward Elgar
954 S.

Günther Schmid, Bernard Gazier (Eds.)
The Dynamics of Full Employment. Social Integration Through Transitional Labour Markets
2002
Cheltenham, UK, Edward Elgar
443 S.

Günther Schmid
Wege in eine neue Vollbeschäftigung. Übergangsarbeitsmärkte und aktivierende Arbeitsmarktpolitik
2002
Frankfurt/Main, Campus
477 S.

Klaus Schömann, Ralf Rogowski, Thomas Kruppe
Labour Market Efficiency in the European Union. Employment Protection and Fixed-Term Contracts
1998
London/New York, Routledge
214 S.

Sylvia Zühlke
Beschäftigungschancen durch berufliche Mobilität? Arbeitslosigkeit, Weiterbildung und Berufswechsel in Ostdeutschland
2000
Berlin, edition sigma, 206 S.

**Abteilung
Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung**

Discussion Papers 2000

Klaus Schömann, Stefanie Flechtner, Ralf Mytzek, Isabelle Schömann
Moving towards Employment Insurance - Unemployment Insurance and Employment Protection in the OECD
Bestell-Nr.: FS I 00 - 201

Dietmar Dathe and Günther Schmid
Determinants of Business and Personal Services: Evidence from West-German Regions
Bestell-Nr.: FS I 00 - 202

Günther Schmid
Beyond Conventional Service Economics: Utility Services, Service-Product Chains, and Job Services
Bestell-Nr.: FS I 00 - 203

Heidi Oschmiansky, Günther Schmid
Wandel der Erwerbsformen. Berlin und die Bundesrepublik im Vergleich
Bestell-Nr.: FS I 00 - 204

Dominique Anxo, Jacqueline O'Reilly
Beschäftigung, Arbeitszeit und Übergangsarbeitsmärkte in vergleichender Perspektive
Bestell-Nr.: FS I 00 - 205

Thomas Kruppe
The Dynamics of Dependent Employment and Unemployment – A Comparison of Different Data Sources
Bestell-Nr.: FS I 00 - 206

Heidi Gottfried, Jacqueline O'Reilly
Der Geschlechtervertrag in Deutschland und Japan: Die Schwäche eines starken Versorger-modells
Bestell-Nr.: FS I 00 - 207

Birgitta Rabe
Wirkungen aktiver Arbeitsmarktpolitik. Evaluierungsergebnisse für Deutschland, Schweden, Dänemark und die Niederlande
Bestell-Nr.: FS I 00-208

Michael Neugart
The Supply of New Engineers in Germany
Bestell-Nr.: FS I 00-209

Rolf Becker
Studierbereitschaft und Wahl von ingenieurwissenschaftlichen Studienfächern. Eine empirische Untersuchung sächsischer Abiturienten der Abschlussjahrgänge 1996, 1998 und 2000
Bestell-Nr.: FS I 00-210

Donald Storrie and Hans Bjurek
Benchmarking European Labour Market Performance with Efficiency Frontier Techniques
Bestell-Nr.: FS I 00-211

Discussion Papers 2001

Achim Kemmerling
Die Messung des Sozialstaates. Beschäftigungspolitische Unterschiede zwischen Brutto- und Nettosozialleistungsquote
Bestell-Nr.: FS I 01 - 201

Isabelle Schömann
Berufliche Bildung antizipativ gestalten: die Rolle der Belegschaftsvertretungen. Ein europäischer Vergleich
Bestell-Nr.: FS I 01 - 202

Hugh Mosley, Holger Schütz, Nicole Breyer
Management by Objectives in European Public Employment Systems
Bestell-Nr.: FS I 01 - 203

Robert Arnkil and Timo Spangar
Comparing Recent Danish, Finnish and Swedish Labour Market Policy Reforms
Bestell-Nr.: FS I 01 - 204

Günther Schmid unter Mitarbeit von
Kai-Uwe Müller
**Die Zukunft der Erwerbsarbeit. Thesen und
Perspektiven für Mecklenburg-Vorpommern**
Bestell-Nr.: FS I 01 - 205

Frank Oschmiansky, Silke Kull, Günther
Schmid
**Faule Arbeitslose? Politische Konjunkturen
einer Debatte**
Bestell-Nr.: FS I 01 - 206

Sabine Berghahn
Ehe als Übergangsarbeitsmarkt?
Bestell-Nr.: FS I 01 – 207

Jan Johannesson
**On the Efficiency of Placement Service and
Programme Placement at the Public Em-
ployment Offices in Sweden**
Bestell-Nr.: FS I 01 – 208

Michael Neugart and Jan Tuinstra
**Endogenous Fluctuations in the Demand
for Education**
Bestell-Nr.: FS I 01 – 209

Discussion Papers 2002

Sophie Rouault
**Multiple jobholding and path-dependent
employment regimes – answering the quali-
fication and protection needs of multiple
jobholders**
Bestell-Nr.: FS I 02 - 201

Sophie Rouault, Heidi Oschmiansky, Isabelle
Schömann (Hg.)
**Reacting in time to qualification needs:
Towards a cooperative implementation?**
Bestell-Nr.: FS I 02 - 202

Michael Neugart and Donald Storrie
**Temporary Work Agencies and Equilibrium
Unemployment**
Bestell-Nr.: FS I 02 - 203

Ruud Muffels, Ton Wilthagen,
Nick van den Heuvel
**Labour Market Transitions and Employment
Regimes: Evidence on the Flexibility-
Security Nexus in Transitional Labour Mar-
kets**
Bestell-Nr.: FS I 02 - 204

Heidi Oschmiansky
**Implementation von Jobrotation im Ge-
sundheits- und Pflegebereich – ein
dänisch-deutscher Vergleich**
Bestell-Nr.: FS I 02 - 205

Michael Neugart and Klaus Schömann
**Employment Outlooks: Why forecast the
labour market and for whom?**
Bestell-Nr.: FS I 02-206

Markus Gangl
**Welfare State Stabilization of Employment
Careers: Unemployment Benefits and Job
Histories in the United States and West
Germany**
Bestell-Nr.: FS I 02-207

Markus Gangl
**Unemployment Benefits as a Search Sub-
sidy: New Evidence on Duration and Wage
Effects of Unemployment Insurance**
Bestell-Nr.: FS I 02-208

Hugh Mosley, Holger Schütz, Günther Schmid
**Effizienzmobilisierung der Arbeitsverwal-
tung:
Leistungsvergleich und Lernen von guten
Praktiken (Benchmarking)**
Bestell-Nr.: FS I 02-209

Ronald Schettkat
**Institutions in the Economic Fitness Land-
scape**
What Impact do Welfare State Institutions have
on Economic Performance?
Bestell-Nr.: FS I 02-210

Christoph Hilbert und Ralf Mytzek
**Strategische und methodische Ansatzpunk-
te zur Ermittlung des regionalen
Qualifikationsbedarfs**
Bestell-Nr. FS I 02-211

Ronald Schettkat

**Differences in US-German Time-Allocation
Why do Americans work longer hours than
Germans?**

Bestell-Nr. FS I 02-212

Frank Oschmiansky und Bernd Reissert

**Förderung von Übergangsmärkten in
Berlin und Brandenburg: eine quantitative
Untersuchung**

Bestell-Nr. FS I 02-213

Oliver Bruttel

**Die Privatisierung der öffentlichen Arbeits-
verwaltung am Beispiel Australiens**

Bestell-Nr. FS I 02-214

Neu ab 2003:

Der Schwerpunkt I „*Arbeit, Sozialstruktur und Sozialstaat (ARS)*“ besteht seit dem 1. Januar 2003. Er umfasst die Abteilungen *Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung (AB)*, *Ungleichheit und soziale Integration (USI)* und die Arbeitsgruppe *Public Health (PH)*.

Abteilung Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung

Discussion Papers 2003

Carroll Haak
Weiterbildung in kleinen und mittleren Betrieben: Ein deutsch-dänischer Vergleich
Bestell-Nr.: SP I 2003-101

Günther Schmid
Gleichheit und Effizienz auf dem Arbeitsmarkt: Überlegungen zum Wandel und zur Gestaltung des „Geschlechtervertrages“
Bestell-Nr.: SP I 2003-102

Holger Schütz
Controlling von Arbeitsverwaltungen im internationalen Vergleich
Bestell-Nr.: SP 1 2003-103

Stefan Schröter
Berufliche Weiterbildung in Großbritannien für gering qualifizierte Arbeitskräfte
Bestell-Nr.: SP 1 2003-104

Magnus Lindskog
Forecasting and responding to qualification need in Sweden
Bestell-Nr.: SP 1 2003-105

Heidi Oschmiansky und Frank Oschmiansky
Erwerbsformen im Wandel: Integration oder Ausgrenzung durch atypische Beschäftigung?

Berlin und die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich
Bestell-Nr. SP 1 2003-106

Katrin Vitols
Entwicklungen des Qualifikationsbedarfs in der Bankenbranche
Bestell-Nr. SP 1 2003-107

Achim Kemmerling
Die Rolle des Wohlfahrtsstaates in der Entwicklung unterschiedlicher Dienstleistungssektoren – Wohlfahrtsstaatsregime und Dienstleistungsbeschäftigung
Bestell-Nr. SP 1 2003 - 108